

Niederschrift, ö

Gremium	Bezirkstag
Nummer	BezT/004/2024
Datum	Donnerstag, 12.12.2024
Ort	Sitzungssaal im 5. OG des Verwaltungsgebäudes
Beginn	09:30 Uhr
Ende	13:10 Uhr

Anwesenheit

Mitglied CSU

Albat, Jan	
Balidemaj, Delija	
Bertl, Alexandra	abwesend bei TOP 1 Ö
Burgmaier, Stephanie	abwesend ab TOP 4 Ö
Dahms, Valentina	
Eggerl, Matthias	abwesend ab TOP 11 Ö
Eichinger, Thomas	abwesend ab TOP 11 Ö
Flössler, Fabian	abwesend bei TOP 3 nÖ
Funke, Annemarie	abwesend ab TOP 4 Ö
Gotz, Max	abwesend bei TOP 1 nÖ
Hausberger, Claudia	
Heimisch, Alexander	
Hobmeier, Karin	
Hofmann, Christina	
Keßler, Martina	
Kriegl, Gisela	
Kuhn, Barbara	
Loferer, Marianne	
Off-Nesselhauf, Gabriele	
Schelle, Stefan	
Schindlmayr, Simon	
Schwab, Harald	
Schwarzenberger, Thomas	
Steinberger, Friederike	
von Löwis of Menar, Olaf	abwesend ab TOP 11 Ö
Wetzelsperger, Georg	

Mitglied Bündnis 90/Die Grünen

Ammer, Andreas
 Düdder, Kathrin
 Eberl, Ottilie
 Goldstein, Ulrike
 Huber, Christian
 Kolic, Dardan
 Neubauer, Martina
 Schwaiblmair, Frauke, Dr.
 Siebler, Joachim
 Stüber, Eckart, Dr.

Sturm, Erika
Vilgertshofer, Florina
Voßeler, Andreas
Wagner, Martin

abwesend ab TOP 11 Ö

Mitglied FW

Bayer, Ludwig
Dirl, Sonja
Droth, Susanne
Haindl, Jürgen
Heigl, Marianne
Hofer, Sepp
Schanderl, Michael, Dr.
Schneider, Rainer
Specker, Konrad
Speer, Anton
Stein, Barbara
Zeiningner, Christian

abwesend ab TOP 11 Ö

abwesend bei TOP 1 nÖ

abwesend ab TOP 3 nÖ

abwesend ab TOP 11 Ö

Mitglied AfD

Demmel, Christian
Erhardt, Tassilo, Dr.
Federl, Alois
Groß, Rainer
Lehrer, Raphael
Musil, Thomas
Schulz, Manuela
Wächtler, Dirk
Wieser, Martin

abwesend bei TOP 2 Ö

Mitglied SPD

Asam, Michael
Bonigut, Matthias
Hofmann, Irmgard
Hörl, Christina
Hügenell, Helga
Mickel, Andrea
Schachtl, Johanna

Mitglied FDP

Baudissin-Schmidt, Barbara Gräfin
von
Münster, Peter
Wunderlich, Claus, Dr.

Mitglied Die Linke

Weber, Klaus, Prof. Dr.

abwesend ab TOP 3 nÖ

Mitglied ÖDP

Dorn, Hubert
Huber, Andreas
Keil, Max

abwesend ab TOP 12 Ö

Mitglied Tierschutzpartei

Wittmann, Susanne, Dr.

Mitglied dieBasis

Kaiser, Sabine

Mitglied Volt

Nibbe, Jochen

Verwaltung

Bertenbreiter, Benedikt
Bruckmann, Wolfgang, Dr.
Büllesbach, Susanne
Getzlaff, Stefan
Gräbsch, Dorit
Pellengahr, Astrid, Dr.
Carr, Nathalie
Cifci, Arzu
Gifftthaler, Gunnar
Haubrich, Gabriele
Ivic, Jovana
Keß, Bettina, Dr.
Liewehr, Hubert
Maja, Renate
Mertens, Johannes
Nieder, Barbara, Dr.
Reitmaier, Eveline
Steinwand, Ralf
Wanke, Julia
Wenzig, Ulrike

Weitere Anwesende

Bocklet, Jochen
Borrmann-Hassenbach, Margitta,
Dr.
Gruber, Johannes, Dr.
Gum, Bernhard, Dr.
Hamann, Tim
Kahle-Sander, Sabine

Podechtl, Franz
Resch, Franz
Schölzel, Gerald
Schrenk, Nikolaus
Singer, Markus
Tiete, Andreas, Dr.

in Vertretung für Regierungspräsident Dr.
Schober

Protokollführerin

Heilbrunner, Karin

Entschuldigt

Mitglied CSU

Hainz, Birgit
Straßer, Max

entschuldigt
entschuldigt

Mitglied FW

Grasser, Maria

entschuldigt

Mitglied Die PARTEI	
Skerlec, Oliver	entschuldigt
Weitere Anwesende	
Schober, Konrad, Dr.	entschuldigt

Tagesordnung

I. Öffentliche Sitzung

TOP 1	Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung
TOP 2	Haushaltssatzung 2025 und Haushaltsplan mit Anlagen
TOP 3	Beschluss über den Verlust der Mitgliedschaft eines Mitglieds im Bezirkstag
TOP 4	Neubesetzung von Gremien und Vertretungen des Bezirks Obb. aufgrund des Fraktionswechsels eines Bezirkstagsmitglieds
TOP 5	Neufassung der Bezirksfischereiverordnung
TOP 6	Kultur- und Bildungszentrum Kloster Seeon: Überschreitung des geplanten Defizites 2024, Genehmigung von Mehrausgaben
TOP 7	Oberbayerischer Förderpreis für Angewandte Kunst - Satzung und Richtlinie
TOP 8	Beteiligungsbericht Klinische Beteiligungen, Geschäftsjahr 2023
TOP 9	Das Monitoring des Aktionsplans des Bezirks Oberbayern
TOP 10	Bericht über den Inklusionsbeirat des Bezirks Oberbayern
TOP 11	Krankenhauszweckverband Ingolstadt; Verselbständigung psychiatrisch-psychotherapeutische Versorgung in der Region 10
TOP 12	Bekanntgaben und Sonstiges

Bezirkstagspräsident Thomas Schwarzenberger eröffnet um 09:30 Uhr die öffentliche Sitzung des Bezirkstages, begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Bezirkstags fest.

Bezirkstagspräsident Thomas Schwarzenberger begrüßt alle Anwesenden im Saal als auch an den Bildschirmen.

Er teilt mit, dass TOP 3 ö von der Tagesordnung gestrichen wird.

Bei Frau Regierungsvizepräsidentin bedankt er sich für die Anwesenheit und dass sie ein Grußwort mitgebracht hat.

Regierungsvizepräsidentin Kahle-Sander berichtet kurz über die aktuellen Themen.

TOP 1 Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung

Beschluss:	angenommen	Ja 50 Nein 0
-------------------	-------------------	------------------------

TOP 2 Haushaltssatzung 2025 und Haushaltsplan mit Anlagen

Die Kämmerei legt die Haushaltssatzung 2025 und der Haushaltsplan mit allen Anlagen vor, nachdem sie den Entwurf den Fraktionen und Ausschussgemeinschaften bereits im Detail vorgestellt hat.

Es beginnt die Haushaltsdebatte mit den Haushaltsreden des Bezirkstagspräsidenten und den Vertretern der einzelnen Parteien und Ausschussgemeinschaften.

Haushaltsrede von Bezirkstagspräsident Thomas Schwarzenberger

-Es gilt das gesprochene Wort-

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich erinnere mich gut an den Dezember im letzten Jahr, als wir den Haushalt 2024 gemeinsam besprochen und beschlossen haben, waren die Rahmenbedingungen noch andere. Und ich glaube, was sich in den letzten 12 Monaten getan hat, hat doch viele von uns zumindest überrascht. Als wir im letzten Jahr über einen gleichbleibenden Hebesatz, der dennoch 170 Mio. Euro Zuschussbedarf mehr im Einzelplan 4 vorgesehen hatte, gesprochen haben, dachten wir alle, dass wir mit diesen Rahmenbedingungen gut durch das Jahr 2024 kommen würden. Aber jetzt, zwölf Monate später, stehen wir vor einer neuen Ausgangssituation und sehen uns doch schwierigen Bedingungen ausgesetzt. Die plus 170 Mio. Euro haben 2024 nicht gereicht und wir haben Ende Oktober einen Nachtragshaushalt beschlossen, der zusätzlich nochmals knapp 80 Mio. Euro mehr im Einzelplan 4 vorgesehen hat.

Zum Glück und da spreche ich wirklich mit vollster Überzeugung, hatten wir zum Jahresbeginn eine Rücklage in Höhe von 195 Millionen, die es uns ermöglicht hat, diesen Nachtragshaushalt zu stemmen. Dennoch mussten wir noch vorhandene Kreditermächtigungen aus den Vorjahren aktivieren, um somit noch einen Teil der Rücklage für den Haushalt 2025 zur Stützung des Hebesatzes einsetzen zu können. Andere Bezirke konnten das nicht und stehen nun vor noch viel größeren Herausforderungen als der Bezirk Oberbayern. Auch wenn es ein schwacher Trost ist, so möchte ich doch betonen, dass wir alle zusammen in den letzten Jahren, was die Finanzen angeht gut, richtig und vorausschauend gehandelt haben.

Kommen wir jetzt auf den Haushalt 2025 zu sprechen. Der ihnen heute vorliegende Entwurf des Haushalts sieht ein Hebesatz von 23,55 Prozentpunkten bei der Bezirksumlage vor. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies eine Steigerung um 1,55% Prozentpunkten. Warum ist die Erhöhung

notwendig? Die Erhöhung ist notwendig, da die Umlagekraft gegenüber dem Vorjahr nur um 1,4% auf nunmehr gut 10 Milliarden Euro gestiegen ist. Wenn man sich nun überlegt, wie sich demgegenüber die Ausgaben entwickeln, sieht man auf den ersten Blick, dass 1,4% Umlagekraftsteigerung nicht ausreichen. Folglich müssen wir zwingend den Hebesatz erhöhen. „Nur“ 1,55 Prozentpunkte Hebesatz-Steigerung ist allerdings bloß möglich, indem wir nochmals 50 Mio. Euro aus der Rücklage entnehmen und dem Verwaltungshaushalt zur Stützung der Umlage zuführen. Außerdem geben wir 40 Mio. Euro zusätzlicher FAG 15 Mittel direkt an die Umlagezahler weiter. Über die Anhebung der FAG 15-Mittel sind wir dankbar, jedoch weiß jeder, dass dies nur ein Tropfen auf den heißen Stein ist und die grundsätzlichen Themen und Herausforderungen, mit denen wir uns beschäftigen, nicht löst. Dennoch erkennen wir dankbar an, dass die Erhöhung um 120 Mio. € die höchste Erhöhung der FAG 15 Mittel ist, die es seit langem gab. Wenn wir uns nun vergegenwärtigen, dass wir heuer aus diesen zusätzlichen Mitteln gut 42 Mio. Euro mehr herausbekommen, aber im Folgejahr wieder aufgrund der Berechnungsmethodik mit weniger aus dem FAG 15 Topf rechnen müssen, dann sieht man, dass wir 2026 erneut einen sehr, sehr schwierigen Haushalt vor uns haben werden. Zusätzlich werden wir nicht nochmals auf 50 Mio. € aus der Rücklage zurückgreifen können, da wir die Rücklage Ende 2025 voraussichtlich auf den Mindestbestand von 24 Mio. Euro zurückfahren werden.

Auch haben wir im Haushalt 2025 wieder die Aufnahme neuer Kredite geplant. Wir erwarten einen Schuldenstand von gut 45 Mio. Euro Ende kommenden Jahres, was wieder einem Anstieg von 26 Mio. € entspricht. Aber angesichts der derzeitigen finanziellen Rahmenbedingungen müssen wir als Bezirk Oberbayern - genauso wie sämtliche andere kommunalen Ebenen, - diese Kröte schlucken. Auch wenn es uns gar nicht passt. Aber wir sind ein verlässlicher Partner innerhalb der kommunalen Familie und deswegen werden wir so handeln. Aber auch an dieser Stelle nochmals zur Verdeutlichung: die Schulden von heute sind die Umlage von morgen. Wir werden mit Augenmaß mit diesem Instrument der Finanzierung umgehen müssen.

Gerad ein verlässlicher Partner muss aber immer wieder darauf hinweisen, dass wir über einen ganz anderen Hebesatz sprechen könnten, wenn die Entlastungen aus Berlin, die ursprünglich für die Beteiligung an den Kosten der Eingliederungshilfe vorgesehen waren, direkt an die Bezirke gegangen wären. Diese waren für die Eingliederungshilfe vorgesehen und nachdem beschlossen wurde, die 5 Mrd. Euro auf einem anderen Wege den Kommunen zukommen zu lassen und diese von der Eingliederungshilfe zu entkoppeln, dann müssen wir uns eben unseren Anteil daran über die Bezirksumlage holen. Diese 5 Mrd. Euro muss man fairerweise auch nennen, wenn die Rufe nach dem Konnexitätsprinzip gegenüber dem Bund lauter werden. Allerdings sind diese 5 Mrd. Euro nie dynamisiert worden und deshalb wäre an dieser Stelle Nachbesserungsbedarf seitens des Bundes dringend angezeigt.

Wenn wir jetzt wieder einen Blick auf die Ausgaben werfen, so möchte ich zunächst den ganzen Bereichen danken, dass Sie alle in den Einrichtungen und den Querschnittsreferaten mit den Vorgaben zur Kostendämpfung mitgegangen sind und Ihre Beiträge hierzu geleistet haben. Ich habe nur positive Rückmeldungen hierzu erhalten und das ist ein gutes und wichtiges Signal. Dies wird auch sichtbar, wenn man sich die Gesamtschau des Haushaltsplans und der Einzelpläne anschaut.

Jedoch haben wir in unserem Einzelplan 4 in diesem Jahr auch wieder größere Zuschussbedarf-Steigerung zu finanzieren. So sprechen wir unterm Strich über 150 Mio. Euro an Mehrbedarfen gegenüber dem Nachtragshaushalt. Allein knapp 43 Mio. € hiervon fallen auf die Hilfe zur Pflege. Und wenn man sich vor Augen führt, wie sich die Pflegekosten in den letzten Jahren entwickelt haben, so können wir auch weiter von deutlichen Steigerungen in diesem Bereich ausgehen.

Aber auch die Eingliederungshilfe wird einen höheren Zuschussbedarf von gut 108 Mio. Euro benötigen. Deshalb ist es von großer Wichtigkeit, dass wir mit den Verbänden hier mit ins Boot nehmen, um gemeinsam nach Lösungen zu suchen. Und die Betonung hierbei liegt ganz klar auf gemeinsam.

Deshalb habe ich für Ende Januar bereits einen Termin vereinbart, um mit den Verbänden noch stärker ins Gespräch zu kommen und ihnen die finanziellen Rahmenbedingungen, in denen wir

uns bewegen zu verdeutlichen. Und es gibt in der Tat einige Felder, in denen wir gemeinsam nach Lösungen suchen müssen.

Problematisch sind weiterhin die Individualbegleitungen, und zwar nicht nur im Schulalter, sondern auch im Vorschulalter. Mittlerweile sprechen wir über ca. 100 Mio. Euro in diesen Bereichen und haben Jahr für Jahr hohe Steigerungsraten. Das Ende der Fahnenstange ist hierbei nicht in Sicht. Es ist meines Erachtens dringend eine rechtliche Änderung geboten. Wie es auch gehen könnte, haben bereits Pilotprojekte gezeigt. Jedoch müssen bislang bei diesen Pilotprojekten alle Eltern zustimmen und auf ihren individuellen Anspruch auf Begleitung ihrer Kinder verzichten, ansonsten funktioniert es nicht.

Die Schulbegleiter sollten unseres Erachtens besser direkt bei den Schulen angesiedelt sein, um stärker in das Schulsystem, in die Abläufe integriert zu sein und auch - so ist meine Meinung - die Inklusion besser voranzutreiben, als dies bei der strikten Zuordnung zu einem einzelnen Schüler, einem einzelnen Kind der Fall ist. Mittlerweile haben wir einen so hohen Kostenrahmen erreicht, für eine Lösung, die wir als nicht optimal betrachten. Vielleicht gelingt es uns gemeinsam, die Dinge zu beeinflussen und bessere Lösungen zu finden.

Aber nicht nur die Ausgaben, sondern auch die Aufgaben steigen an. Wir benötigen dringend Personal, das diese Aufgaben auch bewältigen kann. Insgesamt tun wir uns wie alle anderen öffentlichen Arbeitgeber im Ballungsraum München schwer, geeignetes Personal zu finden. Wir haben jedoch gute Argumente, die für uns als attraktiven Arbeitgeber sprechen. Vor allem können wir, neben sinnvollen Aufgaben, harmonischem Arbeitsklima und schönen, gut angebundenen Büroräumen auch mit bezahlbarem Wohnraum werben, den wir zur Verfügung stellen können. Das Gesamtpaket für den Bezirk Oberbayern als Arbeitgeber muss stimmen, eine attraktive Tätigkeit, moderne Arbeitsmittel gepaart mit bezahlbarem Wohnraum in einer angenehmen kollegialen Atmosphäre sind wichtige Bausteine, um uns auf dem Arbeitsmarkt deutlich zu positionieren.

Weiter setzen wir intensiv auf eigene Ausbildung. Wir haben mittlerweile über 120 zumeist junge Menschen in Ausbildung in unterschiedlichen Bereichen bei uns. Dies ist zwar zunächst finanziell und personell eine Belastung, aber auch eine sinnvolle Investition in die Zukunft. Wer bei uns gelernt hat, weiß den Bezirk als Arbeitgeber zu schätzen und bringt seine Arbeitskraft hoffentlich möglichst lange bei uns ein. Allerdings tun auch wir uns ehrlicherweise schwer damit, die offenen Stellen zu besetzen. Umso wichtiger ist es, nun auch mit dem HR-Konzept am Puls der Zeit zu sein und Antworten zu liefern, um auf dem Arbeitsmarkt weiterhin ein interessanter Arbeitgeber zu sein.

Umso wichtiger ist folglich auch der Blick, was können wir mit den vorhandenen personellen Ressourcen schaffen, welche Aufgaben sind Kernaufgaben, welche Möglichkeiten haben wir, Bürokratie abzubauen? Es darf nicht nur sein, dass ständig etwas hinzukommt, man muss auch den Blick darauf werfen, von welchen Verwaltungsvorgängen können wir uns vielleicht auch wieder trennen? Wie kann uns KI unterstützen?

Wir müssen uns damit beschäftigen, wie uns die Künstliche Intelligenz damit unterstützen kann, wie kann man diese Neuerungen in die Prozesse integrieren? Hier gilt es, auch bei der Auswahl des neuen Programms zur Sachbearbeitung der Sozialverwaltung ein Auge darauf zu haben. Hier wird es in näherer Zukunft zu größeren Weiterentwicklungen kommen und da dürfen wir uns nicht abhängen lassen.

Ein Vorschlag zum Bürokratieabbau fällt mir auch schon sofort ein: Bis heute ist das Thema Abwicklung der Kosten für die jungen Geflüchteten UMA nicht in unserem, im gesamten kommunalen Sinne gelöst. Wir erledigen als Bezirke die Aufbereitung der Anträge aus den Landkreisen und kreisfreien Städten, geben diese an den Freistaat weiter und dieser übernimmt dann die Kosten für die Minderjährigen. Sollte ein junger Geflüchteter nach der Volljährigkeit in der Jugendhilfe verbleiben, so erhalten die Bezirke lediglich 50 Euro pro Fall pro Tag begrenzt auf zwölf Monate an Kostenbeteiligung. Nach zwölf Monaten erhalten die Bezirke keinerlei Mittel mehr vom Freistaat und

die Kosten bleiben bei den Bezirken und damit in der kommunalen Familie zurück. Dies hat ein Volumen von 40 bis 50 Mio. € pro Jahr, eine gewaltige Summe.

Mit einer Übernahme könnte der Freistaat sowohl seiner Verantwortung gerecht werden, die Bürokratie abzubauen und die kommunale Familie nachhaltig entlasten.

Krankenhäuser/Ingolstadt
OH/DH

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass wir vor großen Herausforderungen stehen. Sowohl in diesem Jahr als auch vermutlich mindestens auch 2026 noch. Wir müssen nun noch stärker darauf achten, dass wir einen Hebesatz finden, mit dem wir unsere Aufgaben erfüllen können, aber auch innerhalb der kommunalen Familie unseren Beitrag zur Entlastung der finanziellen Schwierigkeiten leisten.

Wir haben in der Vergangenheit zu ganz großen Teilen immer gemeinsam an Antworten gearbeitet und diese auch gefunden. Das ist, denke ich, der Grundstein und die Basis der politischen Arbeit im Bezirk Oberbayern. Und das muss weiterhin unser aller Antrieb sein.

Nun liegt der Haushaltsplan zur Abstimmung vor uns. Jeder konnte sich ausreichend informieren, die Kämmerei war in allen Fraktionen und hat die wesentlichen Punkte dargelegt. Und es ist ein guter und ausgewogener Rahmen, den wir mit diesem Haushaltsplan setzen. An dieser Stelle möchte ich auch der Kämmerei nochmals danken, für die Transparenz der Zahlen, sowohl was den Haushalt 25 als auch den Nachtragshaushalt 2024 betrifft. Diese Transparenz hilft uns bei den politischen Entscheidungen ungemein.

Haushaltsrede von Bezirksrätin Claudia Hausberger (CSU)

-Es gilt das gesprochene Wort-

Sehr geehrter Herr Präsident,
sehr geehrte Frau Regierungsvizepräsidentin,
Liebes Präsidium,
Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
liebe Mitarbeiterende der Bezirksverwaltung,
sehr geehrte Damen und Herren, auch daheim an den Bildschirmen,

Vorweg: Wir als CSU-Fraktion werden diesem Haushaltsplan zustimmen, zustimmen auch, weil wir im Moment keine andere Möglichkeit sehen.

Zuerst möchte ich mich aber sehr herzlich bei Herrn Getzlaff und Frau Hirschuber mit ihrem Team bedanken. Das Zahlenwerk in seiner Breite ist wieder eine große Leistung. Und auch die Darstellung und die Erklärungen in unserer Fraktion waren wieder hervorragend. Und auch hier nochmal einen zusätzlichen Dank für Ihre Zuverlässigkeit trotz der Doppelbelastung: Nachtragshaushalt im Oktober und Haushalt 2025 jetzt.

Und auch hier nochmal der Dank an die Verwaltung, die sich auch frühzeitig mit uns Gedanken gemacht hat, welche Einsparmöglichkeiten für den Haushalt 2025 möglich sind. Wir müssen auch froh sein, dass wir in den politischen Gremien jetzt lange Jahre durch vorausschauende Politik erreicht haben, dass wir den Schuldenabbau forcieren konnten, so dass wir im Moment wenigstens eine geringe Zinsbelastung haben.

Die finanzielle Situation hat sich im Frühjahr Jahr 2024 abgezeichnet, so dass wir bereits mit unseren Entscheidungen im Juni die ersten Weichen für den HH 2025 stellen mussten, z.B. im Bereich keine neuen Stellen in der Bezirksverwaltung, im Bereich pauschalfinanzierte Leistungen etc.! Wir kennen diese Entscheidungen. Wir haben diese Entscheidungen getroffen, auch wissend, welche

Auswirkungen wir damit haben. Längere Dauer für die Antragsbescheidung, längere Wartezeiten für Angebote im pauschalfinanzierten Bereich etc.

Und auch der Nachtragshaushalt, den wir im Oktober aufgestellt haben, ist eine dieser Entscheidungen, zu der wir aber zu 100 % stehen.

Durch die Erhöhung der FAG 15 Mittel des Freistaates in Höhe von 42,6 Mio. Euro heuer für den Bezirk Oberbayern müssen wir die Umlage „nur „– mit Betonung auf „nur“ um 1,55 Punkte erhöhen, nicht wie zwischendurch befürchtet um 1,95 Umlagepunkte. Ein kleiner Lichtblick für unsere Umlagezahler, denen ja selbst das Wasser buchstäbliche bis zum Hals steht.

Uns allen ist klar: Eine Verbesserung der Situation ist nicht erkennbar, wir müssen eher mit dem Gegenteil rechnen. Deshalb sind wir gezwungen, 2025 diese Maßnahmen zur Kostendämpfung zu ergreifen, um die umlagezahlenden Landkreise und kreisfreien Städte nicht noch weiter zu belasten. Und hier ist auch der angekündigte Ansatz unseres Präsidenten, mit den Trägern in den Dialog zu treten, ein richtiger Ansatz. Wir müssen auch hier den partitiven Ansatz gehen, soweit es uns rechtlich möglich ist.

Inhaltlich muss man zum Haushalt nicht viel sagen, jeder von uns kennt die Zahlen, wir haben keine weiteren Spielräume. Wie jedes Jahr ist es der Einzelplan 4, der hier die massiven Kostensteigerungen beinhaltet. In Oberbayern bedingt durch mehr Fälle, durch höheres Alter unserer oberbayerischen Bewohnerinnen und Bewohner. Aber auch durch Lohnsteigerungen, Energiekostensteigerung, etc. die hier über die Entgeltverhandlungen miteingerechnet sind. Aber wir haben wenig Möglichkeiten, als Bezirk etwas an der Kostensteigerung zu ändern, da wir durch Bundesgesetze und Ausführungsverordnungen des Landes zur Erstattung verpflichtet sind. Hier besteht dringender Handlungsbedarf. Diese Kosten im Einzelplan 4 übersteigen die finanzielle Kraft der Bezirke seit Jahren und wir werden hier bei vielen Auswirkungen von Land und Bund allein gelassen.

Und hier haben ich auch im Bezirksausschuss gesagt, wir brauchen sowohl finanzielle Unterstützung, aber auch Änderung der gesetzlichen Vorgaben. Wir sind in einer Situation, die wir nicht verschuldet haben und aus der wir ohne deren Hilfe nicht herauskommen. Und mir ist hier ganz wichtig: Wir brauchen Bund und Land.

Nicht nachvollziehbar für uns als CSU-Fraktion ist die Ablehnung des Haushalts durch unsere Grünen Kolleginnen im BA und die Ankündigung zur Ablehnung heute, um beim Freistaat ein Zeichen zu setzen. Ausgehend ist dies wohl von den Forderungen der Grünen in Bayern „Mehr Geld für die kommunale Familie - Beschlossen auf dem KommunalGipfel der Bayerischen Grünen am 23.11.2024“.

Für uns ist es viel zu einseitig, die Schuld hier nur beim Freistaat zu suchen und die fehlgeleitete Politik des Bundes außer Acht zu lassen. Und liebe Martina, ich bin mir auch nicht sicher, inwieweit Eure Ablehnung heute unseren Ministerpräsidenten und Finanzminister animiert, hier sofort die Staatskasse zu öffnen, um uns hier als Bezirke mehr Geld zu geben.

Unser klarer Appell nochmal: Wir müssen unsere Forderungen nach Berlin und München richten! Und wir sehen die Ablehnung des Haushalts auch als Risiko und ein falsches Signal. Was passiert, wenn wir keinen rechtskräftigen Haushalt haben, vor allem den Personen gegenüber, die auf unsere Hilfe angewiesen sind und auf uns zählen. Was ist, wenn wir hier durch Ablehnung, handlungsfähig werden. Wir sind ein Verwaltungsorgan und für uns als CSU ist es, wie gesagt, ein falsches Zeichen und vor allem auch zu einseitig: Ein Großteil der Misere, in der wir sind, hat uns Berlin eingebracht. Ich möchte hier auf keine bundespolitischen Themen wie verfehlte Wirtschaftspolitik etc. eingehen, die größtenteils schuld an der finanziellen Schieflage in Deutschland ist, aber Themen, die direkte Auswirkungen auf unsere Arbeit im Bezirk haben, möchte ich schon beispielhaft erwähnen. Vielleicht könnte das Papier der Grünen dann hier auch erweitert werden und sich diesen Themen nicht verschließen.

Wir brauchen Änderungen beim Bundesteilhabegesetz:

Allein durch das BTHG, dass ja mit dem Ziel keine neuen Kosten zu verursachen 2018 in Kraft getreten ist, mussten wir laut einer Aussage unseres Präsidenten bei einer Veranstaltung allein in der Bezirksverwaltung 170 neue Stellen schaffen, ohne dass bei den Betroffenen ein Mehrwert angekommen ist. Mit den Trägern in Oberbayern zusammen geht man von ca. 250 Stellen aus. Wie gesagt, ohne dass unsere leistungsberechtigten Personen einen Mehrwert haben. Das Thema „Wunsch und Wahlrecht der Eltern“ verursacht im Bereich der Individualbegleitung einen Personen Mehraufwand, obwohl viele Fachleute dies sehr kritisch sehen und Pooling als bessere Lösung präferieren. Und wie sich das Thema BiBay, - ich weiß, ein bayerisches Thema -, jetzt schon ein Bürokratiemonster weiterentwickelt, ist auch noch nicht absehbar. Und hier hat es sich unsere Bundesregierung leicht gemacht, sie hat für sich wirklich keine Mehrkosten eingeplant, d.h. die Kostenbeteiligung von 5 Mrd. ist seit Einführung nicht erhöht, obwohl nach der drittel Lösung hier mittlerweile 8 Mrd. das Drittel wären.

Oder da Thema der Ausgleichsabgabe: Da Investitionskosten für Werkstätten nicht mehr durch die Ausgleichsabgabe übernommen werden dürfen, bleibt bei den Bezirken ein höherer Anteil der Investitionskosten. Nicht vom Bund gegenfinanziert. Wenn sie schon die Gelder umleiten, wäre hier eine Finanzierung durch den Bund folgerichtig.

Aber auch dem Freistaat gegenüber dürfen wir nicht müde werden, Themen anzusprechen, die sich auf unsere Arbeit und Finanzen auswirken, anzusprechen und Änderungen zu fordern. Erwähnt hier nur wieder das Thema der UMAs. Es ist keine kommunale Aufgabe, unabhängig von der überbordenden Bürokratie und für Oberbayern Mehrkosten zwischen 40 – und 50 Mio. Euro.

Das Thema Ingolstadt wird ja in einem der weiteren Punkte ein Thema sein, aber auch im Bereich unserer KBO-Kliniken dürfen wir nicht nachlassen, uns einzusetzen, die PPR-L zu reformieren und vor allem auch zu schauen, dass die Sanktionen auch ab dem 1.1.2026 ausgesetzt bleiben. Die aktuelle Regelung hat nichts mit der Lebenswirklichkeit zu tun, die Vorhaltung von Leistungen, auch wenn kein Bedarf hierfür besteht und die Androhung von Strafzahlungen bei Nichteinhaltung kann in Zeiten von Fachkraft und Personalmangel nicht sein. Und dass der Bedarf an Kliniken – trotz Ambulantisierung – noch besteht, zeigen die Belegzahlen.

Die CSU-Fraktion wird dem Haushaltsansatz zustimmen und wir werden weiterhin die oben angesprochen Forderungen gegen Bund und Freistaat weiterhin einfordern und hoffen hier auch auf die Unterstützung aller Kolleginnen und Kollegen aus diesen Gremien: Jeder muss seine Abgeordnete hier immer wieder in die Pflicht nehmen.

Ich möchte hier jetzt auch die Chance ergreifen, mich hier sehr herzlich bei unserem Präsidenten zu bedanken, der seit über einem Jahr jetzt für uns mit dieser Doppelfunktion tätig ist und trotz der vielen, schwierigen Themen so engagiert für uns und den Bezirk einsetzt, informiert und um Lösungen mit Politik, Verwaltung, Trägern, den anderen Bezirken ringt. Herzlichen Dank lieber Thomas. Wir sind froh und dankbar, dich an dieser Stelle zu haben.

Ich möchte Ihnen jetzt im Namen der CSU-Fraktion und auch persönlich eine besinnliche Adventszeit, ein frohes Weihnachtsfest und alles Gute für 2025 wünschen.

Herzlichen Dank und alles Gute.

Haushaltsrede von Bezirksrätin Martina Neubauer (GRÜNE)

-Es gilt das gesprochene Wort-

Den Letzten beißen die Hunde!?

Sehr geehrte Frau Regierungsvizepräsidentin Kahle-Sander, sehr geehrter Herr Bezirkstagspräsident Schwarzenberger, sehr geehrtes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren im Saal als auch an den Bildschirmen.

in jedem Jahr überlege ich mir, unter welche Überschrift ich die Erwiderung zum Stellenplan und dem Zahlenwerk mit der Satzungsempfehlung stellen soll. In diesem Jahr möchte ich Sie, sehr

geehrter Herr Bezirkstagspräsident, sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrter Herr Regierungspräsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen und Gruppierungen und werte Anwesende vor Ort und im Livestream, mitnehmen, und Ihnen vor Augen führen, dass es zunehmend unmöglich wird, die Aufgaben des Bezirks – und das betrifft m.E. alle bayerischen Bezirke - verantwortungsbewusst zu erfüllen. Trotz noch leicht steigender Umlagekraft geht uns die Luft aus.

Soziale Gerechtigkeit und Teilhabe, kulturelle Vielfalt und ein zukunftsgerichtetes ökologisches und klimaschonendes Handeln sind unabhängig vom Kassenstand Pfeiler unserer Demokratie, die die Feinde unserer Demokratie, die zurecht vom Verfassungsschutz beobachtet werden, in Frage stellen.

Uns allen ist klar, dieser Haushalt ist mehr als nur ein Zahlenwerk – er ist ein Spiegelbild unserer politischen Prioritäten, unserer Werte und unserer Verantwortung für die Menschen in Oberbayern. Doch dieser Haushalt zwingt uns, unangenehme Wahrheiten zu benennen und klare Forderungen zu stellen.

Hebesatz: Belastung für die kommunale Familie

Mit der Erhöhung des Hebesatzes von 22,0 % auf 23,55 % geht eine zusätzliche finanzielle Belastung für die kreisfreien Städte und Landkreise einher. Diese Mehrbelastung trifft letztlich die unterste kommunale Ebene, dort wo vieles für die Bürgerinnen und Bürger ganz unmittelbar spürbar wird. Wird der Kindergarten gebaut, wird die Schule saniert, werden die Schlaglöcher in der Straße geflickt, wird „mein“ Sportverein noch gefördert, schließt das Schwimmbad, wird bei Kultur gespart. Was hat das für kurz- und mittelfristige Folgen? Das gefährdet unsere Demokratie – die Populisten, die auch hier im Gremium sitzen, freuen sich.

Zwar profitieren wir in diesem Jahr von einem Einmaleffekt durch die Erhöhung der FAG-15-Mittel um 120 Millionen Euro, die in Oberbayern einmalig 42,6 Millionen Euro ausmachen und der Hebesatz damit nicht ganz so massiv erhöht werden muss, wie ursprünglich kalkuliert. Doch dieser Effekt wird im nächsten Jahr verschwunden sein – dieses trifft dann auf ein Kommunalwahljahr, in dem traditionell nicht erhöht wird, damit CSU und FW vor Ort „Geschenke“ machen können.

Wir lösen unsere Rücklagen auf, bauen wieder Schulden auf, verschieben notwendige Bau- und Sanierungsmaßnahmen und frieren bei den pauschalfinanzierten Diensten den Status quo ein. Diese Schritte mögen kurzfristig notwendig erscheinen, doch langfristig schränken sie unsere Handlungsfähigkeit ein und gefährden wichtige Zukunftsprojekte. Wir müssen langfristig sicherstellen, dass die Bezirke auskömmlich finanziert werden.

Kostensteigerungen: Herausforderungen und Verantwortung

Die Herausforderungen im Einzelplan 4, der sozialen Sicherung, sind enorm. Eine Kostensteigerung von 400 Millionen Euro in den letzten 2 Jahren durch Fallzahlsteigerungen, Inflation und Tarifsteigerungen ist eine Belastung, die wir nicht alleine schultern können. Die Soziallasten steigen weiter, und die Bezirke sind strukturell unterfinanziert.

Wir fordern daher den Freistaat Bayern eindringlich auf, die Bezirke endlich auskömmlich zu finanzieren und sie am quotalen Steuerverbund angemessen und verlässlich teilhaben zu lassen. Zudem gilt: Wer Aufgaben überträgt, muss diese auch finanzieren. Frei nach dem Grundsatz des Konnexitätsprinzips: „Wer anschafft, zahlt.“

Klimaschutz: Ambitionen in die Tat umsetzen

Der Klimaschutz ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit – auch für den Bezirk Oberbayern. Wir haben uns ambitionierte Klimaziele gesetzt, doch ambitionierte Ziele allein reichen nicht. Wir brauchen mehr Geld und mehr Aktivität bei der Umsetzung. Es darf nicht bei Lippenbekenntnissen bleiben, und wir können uns nicht damit zufriedengeben, durch den Kauf von Zertifikaten zu kompensieren.

Alle, die im letzten Ausschuss für Bau, Umwelt und Energie waren, haben den besorgniserregenden und dennoch nicht überraschenden Bericht zur Situation der Gewässer in Oberbayern gehört.

Durch längere Trockenperioden und steigende Temperaturen trocknen zunehmend kleinere Gewässer und Quellen aus. Seltene Arten sind vom Aussterben bedroht, führt zu einem Verlust von Biodiversität. Wertvolle Lebensräume gehen verloren. Aufgrund steigender Durchschnittstemperaturen steigt die Temperatur unserer Seen (z.B. Ammersee um bis zu 3 Grad). Und wir haben einen Wechsel der Extreme: Trockenheit und Erwärmung auf der einen und Häufung von Starkregenereignissen und Hochwassern. Was ist zu tun: Wasser sparen, Wasserspeicherung, Renaturierung von Mooren und Gewässern, verstärkter Grundwasserschutz und innovative Projekte zur Wasserkühlung. Daneben ist Umweltbildung ein zentral wichtiges Thema – für Jung und Alt!

Der Bezirk muss Vorbild sein und konkrete Maßnahmen umsetzen, sei es durch die weitere konsequente energetische Sanierung unserer Gebäude, die vollumfängliche Nutzung unserer Dachflächen für Photovoltaik, die Prüfung, inwieweit andere Flächen, wie Teiche u.ä. für Photovoltaik sinnvoll genutzt werden können. Die konsequente ökologische Bewirtschaftung unserer Güter, die Umstellung der „Fahrzeugflotte“ des Bezirks und der Einrichtungen auf e-Mobilität sind kleine Maßnahmen, die große Wirkungen haben.

Soziales: Versorgung strategisch gestalten

Im sozialen Bereich ist die Zusammenarbeit mit Verbänden und anderen Akteuren von entscheidender Bedeutung. Die Herausforderungen sind vielfältig: steigende Bedarfe, wachsende Kosten und der zunehmende Mangel an Fachkräften. Wir müssen gemeinsam eine Strategie entwickeln, wie die Versorgung der Menschen in Oberbayern nachhaltig gesichert werden kann. Finanzielle Mittel sind dabei genauso wichtig wie die Sicherstellung von Fachkräften. Hier ist Kreativität und gemeinsames Handeln gefragt, um Lösungen zu entwickeln, die langfristig tragfähig sind.

An dieser Stelle ist der Dank an unsere beiden Inklusionsbeauftragten mehr als angemessen, finde ich. Danke Euch beiden, dass Ihr gemeinsam mit den Menschen mit Behinderung Themen aufgreift und nach sinnvollen und umsetzbaren Lösungen sucht. Mit der Schaffung der beiden Positionen und der Einrichtung des Inklusionsbeirats sind wir auf dem richtigen Weg.

Kultur: Keine Kürzungen, aber Vorsicht vor Stillstand

In Oberbayern sind viele Menschen zu Hause. Menschen, die schon seit Generationen hier leben und Menschen, die erst seit kurzem hier zu Hause sind. Sie alle haben eine Geschichte, haben eine Kultur, haben Traditionen. Im Sinne einer offenen Gesellschaft, im Sinne einer Willkommenskultur die wir hier in Oberbayern dringen brauchen – ich nenne hier nur das Stichwort: Fachkräftemangel - muss der Bezirk dafür sorgen, dass sie sich in den Kulturprogrammen wiederfinden. Wir sollten gemeinsam überlegen, z.B. unseren neuen Preis Diaton für andere Dialekte zu öffnen, Kulturförderungsmöglichkeiten auch in andere communities spielen etc. Dass das eine Bereicherung für alle ist, muss ich wohl nicht noch betonen.

Positiv sehen wir, dass im Bereich Kultur keine direkten Kürzungen vorgenommen wurden. Kultur ist das Rückgrat unserer Gesellschaft, sie stiftet Identität und Zusammenhalt. Doch in Zeiten steigender Kosten bedeutet eine Nicht-Aufstockung faktisch eine Kürzung.

Das darf nicht der Weg sein. Planvolles Handeln ist notwendig, um unsere kulturelle Vielfalt zu bewahren und zu fördern. Einsparungen dürfen nicht mit dem Rasenmäher erfolgen. Stattdessen braucht es einen Austausch auf Augenhöhe mit den Akteuren, um langfristige Perspektiven und Planungssicherheit zu schaffen.

Gesamtwürdigung und unser Votum

Nach Abwägung aller Argumente kommen wir zu dem Schluss, dass wir diesen Haushalt ablehnen müssen. Unsere Ablehnung richtet sich nicht gegen die Arbeit der Verwaltung, deren Einsatz wir ausdrücklich würdigen. Wir haben allen Einzelplänen zugestimmt, doch der Gesamthaushalt bleibt ein unausgewogener Kompromiss, der unsere kommunale Familie weiter belastet und zentrale Herausforderungen unzureichend adressiert.

Wir fordern die Kooperationspartner von CSU und Freien Wählern auf, ihren direkten Draht zur Staatsregierung zu nutzen, um sich konstruktiv für eine bessere finanzielle Ausstattung der Bezirke einzusetzen. Die Bezirke können ihre Aufgaben nur dann wahrnehmen, wenn sie auch die nötigen Mittel erhalten.

Sehr geehrte Damen und Herren,
dieser Haushalt ist ein Spiegelbild unserer finanziellen und politischen Lage. Doch wir dürfen uns nicht mit dem Status quo zufriedengeben. Lassen Sie uns gemeinsam dafür kämpfen, dass Oberbayern auch in Zukunft ein sozial gerechter, kulturell reicher und ökologisch nachhaltiger Bezirk bleibt.

Ich danke Ihnen, der gesamten Verwaltung, unseren Einrichtungen, unseren vielfältigen Kooperationspartnern und den Verbänden sowie unseren Kliniken. Hier will ich gerne ergänzen, dass ich hoffnungsfroh bin, dass wir künftig auch in der Region 10 Verantwortung übernehmen werden, um die psychiatrische Versorgung gemäß unseren Grundsätzen voranzubringen.

Wünsche

Ihnen allen frohen Festtagen in schwierigen Zeiten, Muße „zwischen den Jahren“. Lassen Sie uns die Menschen, die wegen Krieg und Konflikten, wegen der Folgen der Klimakrise auf der Flucht sind, diejenigen, die auf Hilfe und Unterstützung angewiesen sind, nie aus dem Blick verlieren. Gemeinsam für ein solidarisches Miteinander. Bleiben Sie gesund und lassen Sie uns mit Energie, Mut und Optimismus die Aufgaben gestalten. Für ein vielfältiges, soziales und offenes Bayern!

Vielen Dank

Haushaltsrede von Bezirksrat Sepp Hofer (Freie Wähler)

-Es gilt das gesprochene Wort-

Sehr geehrte Frau Regierungsvizepräsidentin Kahle-Sander,
sehr geehrter Herr Bezirkstagspräsident Thomas Schwarzenberger,
sehr geehrtes Präsidium,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
und liebe Gäste die uns von zuhause an den Bildschirmen verfolgen,

zunächst ein herzliches Dankeschön an Herr Getzlaff und Frau Hirschhuber für Ihre vorzügliche Arbeit und dass Sie uns den Haushalt 2025 vorgestellt haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
seit 11 Jahren bin ich jetzt im Bezirkstag von Oberbayern, ich habe den Sprung über die 2 Milliarden miterlebt. Meine Kolleginnen und Kollegen die seit 2008 im Bezirkstag sitzen, haben den Sprung über 1 Milliarde erlebt und die Kolleginnen und Kollegen, die seit letztem Jahr hier sitzen zusammen mit uns, werden den Sprung über 3 Milliarden miterleben.... Vermutlich beim Haushalt 2027.

Aber die Bäume wachsen halt auch nicht in den Himmel.

Oder anders ausgedrückt: Der Turmbau von Babylon ging mächtig in die Hosen...

An zwei Sprichwörter meines Opas kann ich mich gut erinnern. Das erste hieß: Spar, Spar, Spar, für die grauen Haar. Jeder halbwegs intelligente da herinnen, so glaube ich, befolgt in seiner eigenen Lebensplanung diese goldene Regel.

Unsere Regierungen, egal welche Farben, egal welche Konstellationen haben diese goldene Regel noch nie befolgt.

Im Gegenteil. Wenn die Einnahmen sprudelten, hat man Töpfe, in Klammern Standards geschafft, von denen die, die sich danach davon bedient haben, vorher noch nie etwas gehört haben. Abgeschafft hat man die Töpfe nicht mehr, so dass sich mittlerweile einfach zu viele, viele davon auch noch unberechtigt, bedienen.

Das ist unter anderem der Grund, warum wir heute stehen wo wir stehen.

Dann kommt der Demographische Wandel dazu, den auch bis heute keine Regierung angepackt hat. Dabei weiß man seit mehr als 50 Jahren wie die Zukunft ausschauen wird, vor welche Herausforderungen uns der Demographische Wandel im neuen Jahrtausend stellen wird. Das ist unter anderem der Grund, warum nächstes Jahr die Pflegeversicherung angeblich Pleite gehen soll.

Leeman wurde durch den Staat ausgeglichen, Corona auch. Diesmal gibt es nichts zum Ausgleichen weil Einnahmen fehlen und eben für die grauen Haare nichts zurückgelegt wurde. Und Führacker sagt - anstatt die Kommunen ausreichend auszustatten, die Bezirkstagspräsidenten sollen nicht so jammern.

Das anfängliche Aufbegehren der 4 Spitzenverbände verpuffte auch im Sand und die 800 Millionen, die den Bezirken fehlen, müssen sich die Bezirke bei den Landkreisen und Kreisfreien Städten holen.

Was das bedeutet, das wissen die, die auf mehreren Kommunalen Ebenen tätig sind, am allerbesten.

Wenn man überall sparen muss und dann nicht einmal noch seine Pflichtaufgaben erledigen kann, dann hört der Spass auf.

Dabei hat doch die Bayerische Staatsregierung so viel getan und die FAG Mittel horrend erhöht. So stand es zumindest in mehreren Zeitungen, wo sich mehrere MdL's gerühmt haben, was sie für die Kommunen alles tun.

Stehen noch die 800 Millionen im Raum....

Ich frage mich manchmal, wissen die im Landtag eigentlich was die Bezirke tun?

Dass die 800 Millionen Euro für

- Kranken Menschen,
- Behinderte Menschen
- Für Alten Menschen,
- Suchtkranke Menschen
- Für psychisch Kranken Menschen,
- zu pflegenden Menschen,
- behinderten Kindern
- psychisch kranke Kinder uvm.

gehören.....

Man könnte da schon fast von Verantwortungslosigkeit sprechen!

Unser einstiger finanzieller Spielraum ist weg und vielfach kommen da natürlich Gedanken auf die da sagen, aber für Waffen und alles Mögliche haben wir doch auch Geld.

Weiter mag ich das aus Humanitären Gründen nicht ausführen.....

Und - man könnte sich sicher über vieles streiten.....

Streiten werden wir sicher nicht liebe Kolleginnen und Kollegen, denn das zweite Sprichwort meine Opas lautet, wo gestritten wird kommt nichts dabei heraus. Klingt banal, ist aber wahr. Jeder von uns kennt Situationen wo gestritten wurde. Es gab nie Sieger, nur Verlierer.

Darum wäre es auch gut, im Sinne der kommunalen Familie, eben schon dem Haushalt zuzustimmen, liebe Kolleginnen und Kollegen der Grünen. Das Szenarium des Nicht zustimmens des Haushalts 2025 haben wir natürlich auch in unserer Fraktion von oben nach unten durchdiskutiert. Aber es bringt gar nichts! Im Gegenteil, es dividiert uns nur auseinander!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die nächsten Jahre werden nicht einfach für die kommunale Familie, für Bayern nicht und für Deutschland nicht, und deshalb glaube ich, dass wir nur mit Zusammenhalt, auf allen Ebenen, diese Zeit überstehen können. Einfach mal das EGO zurück nehmen.....

Die Bezirkstagsfraktion der Freien Wähler Oberbayern stimmt dem Haushalt 2025 selbstverständlich zu. Es hilft einfach nichts! Da müssen wir und kommen wir durch!

Ich wünsche euch Allen, im Namen der Freien Wähler Fraktion schöne Weihnachten und einen guten gesegneten Jahr 2025.
Herzlichen Dank.

Haushaltsrede von Bezirksrat Rainer Groß (AfD)

-Es gilt das gesprochene Wort-

Sehr geehrte Frau Regierungsvizepräsidentin,
Sehr geehrter Herr Bezirkstagspräsident,
Sehr geehrtes Präsidium,
Sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung,
Werte Damen und Herren Kollegen,
Sehr geehrte Gäste,

nach den ersten Ausschlägen der Seismographen in 2023 war es dann 2024 so weit:

Wir mussten zur Kenntnis nehmen, dass die Planungen der Haushaltsansätze nicht der Realität entsprechen

und ein Nachtragshaushalt über ca 79 Millionen Euro notwendig wurde.

Der Rückgriff auf die Rücklagen: um 36,4 Millionen mehr als angesetzt sowie die Nutzung der Kreditermächtigungen aus den Jahren 2022/2023 zur Aufnahme von 20 Millionen Euro Fremdmitteln hielten die Bezirksumlage in 2024 noch kurzfristig auf 22 v.H.

Willkommen in der Realität!

Und? Wer hätte es gedacht?

Der Haushalt für 2025 wird selbstredend nicht besser. Ganz im Gegenteil:

Herr Bezirkstagspräsident hat die Zahlen aufgeführt:

- Defizit
- Schuldenaufnahme
- Rückgriff auf die Rücklagen bis knapp auf die gesetzliche Mindestrücklage
- Erhöhung der Bezirksumlage von 22 auf 23,55 v.H. um satte 1,5 %

250 Mio € swing in zwei Jahren

Was sind die Gründe dafür?

Nun zum einen grundlegende politisch strategische Fehlentscheidungen in Deutschland und der EU seit mindestens 2010, die sich in der Wirtschaft verheerend auswirken-
Wirtschaft? ja auch der Bezirk ist keine entrückte Behörde, mit Goldesel im Keller, sondern Teil des ökonomischen Gesamtsystems!

Eine politisch getriebene Inflationierung der Kunstwährung Euro durch extreme hemmungslose Staatsverschuldung und Geldmengenausweitung verbunden mit dadurch künstlich niedrigen Zinsen und einer asset price inflation.

Dadurch wird der Wirtschaftsmotor Deutschland, gebaut auf Stabilität, ins Mark getroffen.

Eine ideologisch getriebene Verknappung und Verteuerung der Energie verbunden mit einem Tsunami an Subventionen für unwirtschaftliche und utopische singuläre Vorhaben wie die Co2 - Energiewende aber ohne Kernkraft
Insgesamt eine zunehmende Planbürokratiewirtschaft, welche die Marktwirtschaft als

Grundlage unseres Wohlstandes unterminiert.

Nicht zuletzt die ideologisch begründeten wirtschaftspolitischen Fehlentscheidungen der Ampel

– Gott habe sie nicht selig-

die eine flächendeckende Deindustrialisierung unserer Heimat Deutschland und Bayern nach sich ziehen mit verheerenden Folgen für die künftige Umlagekraft in Bayern

Mehr Geld muss erst einmal verdient werden! Das ist die wirtschaftliche Seite.

Und: Frau Regierungsvizepräsidentin ist auch darauf eingegangen:

Zunehmend zeigt sich auch eine Überforderung der Kommunen durch die ungesteuerte, auch illegale Dauer-Zuwanderung von ca 2 Millionen fremder Menschen seit 2015, die ganz überwiegend in unsere Sozialsysteme stattfindet.

Nach der Befreiung Syriens von Diktator Assad wird nun sicher auch eine Remigration vieler Menschen in ihre Heimat einsetzen. Denn Asylgründe für den Schutz auf Zeit sind entfallen. Ich wünsche diesen Menschen eine gute Zukunft in ihrer Heimat!

Die Aufnahme neuer wird im Einzelfall streng zu prüfen sein!

Denn der wirre irrationale Ansatz einer gesellschaftlichen Transformation zur open society, one world, diffus links aber irgendwie ohne intellektuelle Stringenz, dafür aber umso chaotischer, ist nun vorbei.

Nicht überzeugend - Gescheitert.

Spätestens seit Trumps Sieg global endgültig von gestern und von der Tagesordnung.

Folgerichtig haben die Protagonisten Zivil übergestreift, ihre Kommandostände verlassen und befinden sich auf der Flucht, allerdings nicht ohne die Mitnahme ordentlicher Pensionen

Eine Chance, dass es endlich besser wird! Wie gehen wir damit um?

Nun das grosse Bild können wir im Bezirk nicht ändern. Wohl aber unsere Einstellung und unseren Umgang mit den Gegebenheiten. Und es ist fünf nach zwölf.

Wir haben seit 2008 vermehrt „von oben“ vom Gesetzgeber Aufgaben zugewiesen erhalten: sei es in der ambulanten Hilfe für Menschen mit Behinderung, der ambulanten Hilfe zur Pflege. Frau Regierungsvizepräsidentin hat die Krankenhausreform erwähnt;

Neuregelungen im Bereich des Bundesteilhabegesetzes

Und nicht zuletzt die Ausgaben für minderjährig unbegleitete Flüchtlinge oder jetzt junge Volljährige, die eben trotz Zusagen von Bund und Land nur anteilig finanziert wurden

All dies zeigt ein Prinzip: die Überbelastung der kommunalen Familie durch Zuweisung von Aufgaben, ohne für deren Finanzierung aufzukommen

Eine Bestellung auf fremde Rechnung

Beispielhaft ist dies in Art 15 FAG hinsichtlich der ukrainischen Flüchtlinge abgebildet. Auch wenn sich die Zahlen etwas entspannen...:

Nun, wir empfehlen, die Ursachen genau zu untersuchen.

Zum Beispiel:

Woher resultieren steigende Fallzahlen?

Nach einer Untersuchung der AOK ist die Zahl der Pflegebedürftigen zwischen 2017 und 2023 deutlich stärker gestiegen, als dies demografisch begründbar ist. Nämlich um 57 % statt 21 %. Wirkt sich dieser Befund kostentreibend im Bezirk aus? Dies gilt es zu untersuchen!

Trifft es zu, dann müssen künftige Planungen dies berücksichtigen und politisch darauf geantwortet werden.

Ausgehend vom Haushalt 2025 wird es nach allem notwendig sein, die Bezirke auf das Wesentliche zu konzentrieren, auf die essentiellen Aufgaben, um sicherzustellen, dass den sozialen Belangen der hilfebedürftigen Menschen in unserem Bezirk voll und ganz Rechnung getragen wird, die Mittel effizient dort ankommen, wo sie benötigt werden und die kommunale Familie nicht überfordert wird durch steigende Ausgaben und Umlagen.

Der Bezirk ist kein Spielplatz für ideologische Gesellschaftsklempner.

Einsparungen bei Verwaltung und Bauvorhaben sind das Gebot der Stunde. Wir können

und wollen uns keine Luxussanierungen zur fiktiven Klimawirksamkeit mehr leisten. Es reicht.

Wir stehen für einen vernünftigen Weg der Besinnung auf Kernaufgaben.

Wir sehen, dass diese Erkenntnisse und Überlegungen in der Mitte des Gremiums angekommen sind. Wir sehen am Nachtragshaushalt 2024 und am vorgelegten Haushalt 2025, dass die richtige Richtung eingeschlagen wird, das begrüßen wir!

Deshalb stimmt die Fraktion der Alternative für Deutschland dem Haushalt 2025 zu. Allerdings haben wir hierfür auch keinen Fraktionszwang.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Und noch ein Wort in eigener Sache. Dass wir als gewählte Bezirksbürger aus ganz unterschiedlichen Tätigkeitsfeldern und Hintergründen Teil dieses Gremiums sind und das hier alles sagen und mitgestalten können ist ein Verdienst unserer Demokratie und unseres parlamentarischen Systems.

Das ist ein hoher Wert, den es gegen ideologische Anfeindungen nun endgültig ewig Gestriger zu verteidigen gilt.

Wir waren erschüttert über die Reaktion einiger Vertreter dieses Hauses am Ende des vergangenen Sonderplenums, die auch nach meinem Eindruck beinahe hasserfüllt die Ausführungen unseres Herrn Präsidenten in Richtung einiger Vertreter unserer Fraktion durch Johlen, Pfiffe und Rufen interpretiert haben.

Wir haben uns hierzu mit dem Präsidium sehr sachlich, einvernehmlich ausgetauscht und appellieren an die Störer zu Stil und Form des zivilisierten Umgangs im Kollegium zurückzufinden.

Wir werden ihn jedenfalls weiter pflegen, wie es guter demokratischer Comment ist.

Vielen Dank vor allem auch an unsere Verwaltung! Und für alle ein frohes und besinnliches Weihnachtsfest!

Haushaltsrede von Bezirksrätin Hügenell (SPD)

-Es gilt das gesprochene Wort-

Sehr geehrte Frau Regierungsvizepräsidentin Kahle-Sander, sehr geehrter Herr Bezirkstagspräsident Schwarzenberger, sehr geehrtes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren im Saal als auch an den Bildschirmen.

Ich werde jetzt in den folgenden Einlassungen im Namen der SPD Bezirkstagsfraktion zum Haushalt 2025 Stellung nehmen.

Auch dieses Jahr haben uns Frau Hirschhuber und Herr Getzlaff ausführlichst die umfangreiche Haushaltssatzung 2025 und den Haushaltsplan samt Anlagen erläutert und konnten auch unsere Nachfragen hinlänglich beantworten. Ein herzliches Dankeschön dafür.

Dieser beruht im übrigen auf dem Eckdatenbeschluss zur Haushaltsaufstellung 2025 der Bezirksausschusssitzung vom 11.7., dieser Beschluss wurde über alle Parteigrenzen hinweg einstimmig gefasst.

Der Entwurf sieht unter anderem vor die Zuschussbedarfe auf dem Niveau des Haushaltsansatzes von 2024 zu planen. Sowohl was unsere bezirklichen Einrichtungen bzw. Budgets betrifft, ebenso u.a. die des Bezirksjugendrings.

Als auch dem pauschal finanzierten Bereich – Zuschüsse an die Wohlfahrtspflege

Ich möchte an der Stelle ausdrücklich betonen der Haushalt sieht keine Kürzungen vor.

Wir als SPD anerkennen den pauschal finanzierten Bereich als eine der wenigen Möglichkeit für politischen Gestaltungsspielraum im Sozialbereich an und anerkennen auch die Wichtigkeit, dieser Arbeitsfelder hinsichtlich Prävention, Beratung und Unterstützung der Menschen in Oberbayern, aber wir übernehmen auch Verantwortung gegenüber der kommunalen Familie und den nächsten Generationen.

Daher ist es nur folgerichtig die zusätzlichen FAG- Mittel, für die Stützung der Umlage einzusetzen und damit die kommunale Familie nicht mehr nötig zu belasten.
An der Stelle sei erwähnt, dass die FAG-Mittel seit 2013 nicht mehr erhöht wurden. Außerdem ist die Höhe nur ein Einmaleffekt.

Die Kommunen stehen vor enormen finanziellen Herausforderungen - hohe Belastungen und Schulden, wenn die Kommunen sparen müssen – spüren dies die Bürgerinnen und Bürgern im nächsten Umfeld, das gefährdet den sozialen Frieden.

Wir brauchen mit Blick auf die nächsten Jahre eine verlässliche Finanzierung der Bezirke durch den Bund – Stichwort Erhöhung der 5 Milliarden für die Umsetzung des BTHG und ebenso durch das Land, um unsere gesetzlichen Aufgaben zu stemmen und eine Mehrbelastung der Kommunen zu vermeiden.

An der Stelle möchte ich mich bei allen Budgetverantwortlichen für die konstruktiven Budgetverhandlungen bedanken und dass Sie diese Eckdaten mittragen. Uns ist bewusst, dass dies für alle eine finanzielle Herausforderung darstellt.

Wir als SPD Fraktion stimmen dem Haushalt 2025 in der vorgelegten Fassung zu.

Wir haben im Bezirk Oberbayern in allen Bereichen hohe Standards erreicht – darauf können wir stolz sein, aber wir stehen in den kommenden Jahren vor großen Aufgaben.

Ich danke allen im Namen der SPD-Bezirkstagsfraktion, sowohl auf den Leitungsebenen als auch den Beschäftigten der Bezirksverwaltung, unserer Kliniken, der Einrichtungen, ebenso unseren Partnerinnen und Partnern die Anliegen und Aufgaben zu bewältigen und im Blick die Zukunft Oberbayerns auch weiterhin zu gestalten.

Unser Dank geht ebenso an den Bezirkstagspräsidenten, die Koop-Partner*innen und die Bezirkstagskolleg*innen für die meist gute und konstruktive Zusammenarbeit zum Wohle aller Bürger*innen und Bürger in Oberbayern und den Anliegen des Bezirks. Für ein soziales, ökologisches und kulturell offenes Oberbayern.

Ihnen allen möchte ich im Namen der SPD Fraktion ein geruhames Weihnachtsfest und ein gutes Neues Jahr wünschen. Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit

Haushaltsrede von Bezirksrat Peter Münster (FDP)

-Es gilt das gesprochene Wort-

Sehr geehrter Herr Präsident,
sehr geehrte Frau Regierungsvizepräsidentin,
verehrtes Präsidium,
werte Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bezirksverwaltung,
meine Damen und Herren,

grundsätzliche Gesellschaftskritik darf glücklicherweise in diesem Land jeder üben. Allerdings hat diese hier im Bezirkstag aus unserer Sicht nichts verloren, denn der Bezirkstag wirkt als Verwaltungsorgan, nicht als politisches Parlament, wie der Präsident zurecht bereits sehr deutlich zum Ausdruck gebracht hat.

Wir haben heute schon viel über den Rekordhaushalt 2025 des Bezirks Oberbayern gehört. Er ist, wenn man zu dem kommunalen Haushalt die Wirtschaftspläne der kbo, der OHH und der weiteren Beteiligungen des Bezirks addiert, auch für uns als FDP Fraktion wirklich beeindruckend, erreicht er doch so betrachtet kumuliert fast 4 Mrd. €. Dies ist ein größeres Volumen als der gesamte Staatshaushalt der Republik Zypern.

Es gibt in diesem Haushalt aus unserer Sicht auch eine Reihe von Lichtblicken. Die Erhöhung der Art.-15-FAG-Mittel in Bayern um 120 Mio. € im kommenden Jahr wirkt positiv für Oberbayern mit einer Mehrung um fast 43 Mio. €. Auch der Anstieg des kommunalen Anteils am allgemeinen Steuerverbund von 12,75 auf 13 % ist ein kommunaler Erfolg für das kommende Jahr. Allerdings kann dies nicht darüber hinwegtäuschen, dass die von den kommunalen Spitzenverbänden seit Jahren geforderte Erhöhung des kommunalen Anteils am allgemeinen Steuerverbund auf 15 Prozentpunkte bei Beibehaltung der bisherigen Erfolgszeiträume noch 80 Jahre in Anspruch nehmen wird, bis wir diesen aus unserer Sicht gebotenen Mindestanteil erreichen werden. Dies ist weder heute, noch insbesondere mit Blick auf die nähere Zukunft eine Perspektive, an der wir uns orientieren dürfen. Das erinnert mich ein wenig an die Wüstenstrecke auf dem Hintergrundbild von Michael Asam.

Ich möchte ich mich auch ausdrücklich bei der Personalverwaltung dafür bedanken, dass der Haushalt keine Stellenmehrung für 2025 enthält, sondern vielmehr solche, die bislang noch nicht besetzt waren, aus dem Stellenplan gestrichen und notwendig zu schaffende neue entstanden sind. Diese numerische Saldierung erleidet allerdings einen Dämpfer, als die nicht besetzten Stellen bereits in diesem Jahr zumeist nicht mehr mit Finanzmitteln hinterlegt waren. Ebenso ehrenwert ist das Bemühen aller Abteilungen, Einsparungsmöglichkeiten anzubieten, die in vielen Einzelplänen kostendämpfende Wirkung zeigen.

Nachdenklich macht uns als FDP-Fraktion aber wie viele hier die Tatsache, dass trotz dieser Einsparungsbemühungen die Sozialausgaben im Einzelplan 04 um über 169 Mio. € gegenüber 2024 ansteigen. Die überragende Bedeutung der überörtlichen Sozialhilfe und deren Steigerungen im Haushalt relativieren leider alle anderen Anstrengungen.

Betrachten wir diese Kostensteigerungen, so sind diese zum einen mit den Personalkostensteigerungen des Bezirks wie auch der mit Aufgaben betrauten Träger der öffentlichen und privaten Wohlfahrtsvorsorge zu erklären. Die – den einzelnen Mitarbeitern stets zu gönnenden – Gehaltsmehrungen führen zu einer erheblichen Schieflage aller Bezirke in Bayern. Folge ist automatisch, dass der ungedeckte Bedarf der Bezirke steigt, auch in Oberbayern. Daraus resultieren Bezirksumlage-Erhöhungen. Wir haben gehört, in Oberbayern verbleibt diese glücklicherweise bei 1,55 Prozentpunkten und steigt nicht wie beispielweise in Schwaben deutlich höher an. Dies führt aber naturgemäß zu einer weiteren Belastung der kommunalen Familie insgesamt.

Aus unserer Sicht ist im kommenden Jahr eine Bestandsaufnahme der Aufgaben des Einzelplanes 04 erforderlich, um nicht gegebenenfalls erneut wie im Jahr 2024 mit Nachtragshaushalten agieren zu müssen und irgendwann in den kommenden Jahren faktisch handlungsunfähig zu werden. Denn Darlehensaufnahmen für den Verwaltungshaushalt führen nicht nur nach unserer Auffassung zu einer Schieflage des Bezirks, die auch langfristig nicht mehr zu korrigieren ist. Mit anderen Worten, wenn wir jetzt nicht beherzt handeln, wird uns die Möglichkeit in Zukunft aus der Hand genommen werden.

Neben der Betrachtung von Pflicht- und freiwilligen Aufgaben im Bezirk selbst müssen wir nach unserer Auffassung nach der Wahl im Februar in einen deutlich intensiveren Dialog mit Bundestag und Bundesregierung über die zukünftige Gestaltung der bezirklichen Pflichtaufgaben treten. Die im BTHG angelegte Bürokratiemehrung, die für die Leitungsempfänger ungünstigenfalls auch noch zu Leistungseinschnitten führt ist nur ein vielerwähntes Beispiel für Korrekturerfordernisse, die Folgen des Angehörigenentlastungsgesetzes für die Bezirke ein weiteres unter vielen, auch die PPPRL wird nicht nur die kbo, sondern auch uns beschäftigen. Ähnliche Diskussionen stehen uns auch mit Landtag und Staatsregierung bevor, insbesondere bei der Umsetzung der Pflege, aber auch in der Krankenhausfinanzierung.

Neben der langjährigen Forderung einer besseren Finanzausstattung gegenüber dem Freistaat Bayern nicht nur von uns als FDP Fraktion bedarf es aus unserer Sicht aber auch einer Betrachtung der eigenen Ausgaben. Mag dies auch im Verhältnis zu dem Anstieg des Einzelplans 04 ebenso gering wirken wie die Einsparungen der übrigen Abteilungen und scheinbar im Wesentlichen den Vermögenshaushalt betreffen, so halten wir es doch für erforderlich, auch über bauliche Maßnahmen nochmals intensiv nachzudenken, die die Verschuldung des Bezirks zukünftig zu erhöhen drohen. Für den Ausbau des Zentrums für Musik und Literatur in Oberbayern ZeMuLi muss der Bezirkstag aus

unserer Sicht nochmals vertiefte konzeptionelle Überlegungen anstellen. Für das in Dachau geplante Industriemuseum bedarf es aus Sicht der FDP Fraktion ebenfalls einer Neukonzeption. Wenn bereits jetzt mit Stadt und Landkreis Dachau zwei der drei Gebietskörperschaften zeigen, die ambitionierten Überlegungen auf Dauer nicht aufrechtzuerhalten zu können, ist dies ein Warnsignal, das wir nicht verkennen sollten, zumal die kommunalen Haushalte in den nächsten Jahren mit bayernweit Defiziten von bis zu 7 Mrd. € belastet sein werden.

Ich erspare Ihnen, die Auswirkungen der höheren Bezirksumlage auf kreisangehörigen Kommunen zu wiederholen, dazu ist bereits genug gesagt.

Vor drei Jahren haben wir den Haushalt abgelehnt, da wir damals einen Sparwillen der Verwaltung, den wir heute sehen, nicht erkennen konnten. Eine Ablehnung aus Gründen, die außerhalb des bezirklichen Einflussbereichs liegen, würdigt unseres Erachtens die Anstrengungen der Bezirksverwaltung nicht ausreichend. Gleichzeitig begrenzt eine solche Ablehnung aber den Handlungsspielraum der Verwaltung. In der haushaltslosen Zeit reduziert dies die Möglichkeiten auf die bestehen Verpflichtungen. Schlimmstenfalls könnte dies zu ungewollten Ausfällen von Leistungserbringern führen. Derartige Symbolpolitik macht aus Sicht der FDP Fraktion keinen Sinn. Wir werden daher dem Haushalt des Bezirks Oberbayern für 2025 zustimmen. Wir wünschen uns aber gleichzeitig, dass wir im kommenden Jahr in Diskussionen um die vorgenannten Themen einsteigen, um diese gemeinsam zukunftsfähig gestalten zu können.

Wir bedanken uns ganz herzlich bei der Finanzverwaltung, insbesondere Herrn Getzlaff und Frau Hirschhuber für die Erarbeitung des Haushalts ebenso wie für die Erläuterungen desselben, bei der Verwaltung insgesamt für die erkennbaren Einsparungsbemühungen und bei Präsident und Präsidium für die Arbeit im laufenden Jahr.

Ich wünsche Ihnen allen ein gesegnetes Weihnachtsfest und uns Allen: Kraft, Mut und Zuversicht für die erforderlichen Erfolge im kommenden Jahr. Vielen Dank.

Haushaltsrede von Bezirksrat Andreas Huber (ÖDP)

-Es gilt das gesprochene Wort-

Sehr geehrte Frau Vizeregierungspräsidentin, sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Hauses, insbesondere Frau Hirschhuber und Herr Getzlaff, vielen Dank für dieses umfangreiche Werk und die Erläuterungen im Vorfeld

Wie auch im letzten Jahr ist der Haushaltsplan für 2025 auf den ersten Blick solide und den Umständen der knappen Kassen entsprechend ausgeglichen geplant. Den Argumenten meiner Vorredner kann ich in weiten Teilen folgen und dennoch sehe ich bei dieser Planung nur ein Reagieren auf die begrenzten Mittel für die anstehenden Aufgaben und zu wenig agieren für die Zukunft. An dieser Stelle zunächst die Frage, ob unser Antrag getrennt behandelt wird? Ich vermute nicht und fahre daher mit meinen Ausführungen fort.

Wie letztes Jahr schon ausgeführt sind wir der Meinung, daß doch wesentlich mehr ein Augenmerk auf die Prävention geworfen werden müsste als dies bislang der Fall ist.

Alle loben den Krisendienst Psychiatrie, eine freiwillige Leistung des Bezirkes mit hohem präventivem Charakter. Durch frühzeitige und besonnene Hilfe können hier letztendlich auch etliche Pflichtleistungen eingespart werden auch zum Wohle der betroffenen Patienten.

Wenn es nun aber um die pauschal finanzierten Leistungen der Wohlfahrtsverbände geht, die im Prinzip nicht soviel anders funktionieren,

soll es einfach einen Stillstand geben, zumindest was die Gelder betrifft.

Das ist doch eigentlich nicht konsequent und widersprüchlich.

Jawohl Herr Getzlaff ich habe im Bezirksausschuss zunächst allen Sparmaßnahmen zugestimmt, mich dann aber durch das betroffene Klientel eines Besseren belehren lassen. Ich habe also dazu gelernt und es liegt nicht an Ihrem Entwurf.

Nun ist es aber erforderlich auch solche Erkenntnisse umzusetzen und dafür haben wir einen Vorschlag gemacht, der meines Erachtens auch realistisch im Haushalt umzusetzen ist. Was helfen uns die 2,6 Millionen als Zuschlag für die Reserve, wenn sie nächstes Jahr durch ein Vielfaches der Einsparung von Folgeleistungen aufgezehrt werden und letztendlich ein noch größeres Finanzloch hinterlassen als wenn diese Mittel aktiv für die Prävention eingesetzt werden?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in den Vorbesprechungen haben Sie im Wesentlichen diese Problematik anerkannt, doch bin ich davon ausgegangen, dass hier zumindest von den Spezialisten Verbesserungsvorschläge kommen, oder eben eine Zustimmung durch wenigstens eines größeren Teils der Gremien. Das einzige Gegenargument war eigentlich nur „das haben wir halt schon so kommuniziert“, also überhaupt keine fachliche Argumentation.

Nun frage ich mich, ob nicht eine Zwangsjacke „Kooperationsgemeinschaft“ eben diese Entscheidung nach dem persönlichen Gewissen unterbindet. Auch in meiner Haushaltsrede von 2023 hatte ich diese Verbindung schon bemängelt und als paralleles Entscheidungsgremium kritisiert. Welcher Richter soll denn eigentlich bei Verstößen dagegen urteilen frage ich mich natürlich auch. Und wo wird der Haushalt für den Bezirk verabschiedet in der Presse, den nichtöffentlichen Sitzungen, in politischen Vereinen oder im Plenum des Bezirks von Oberbayern?

Sehr wohl haben wir zur Kenntnis genommen, daß man sich im nächsten Jahr für den nächsten Haushalt damit auseinandersetzen möchte, aber dann wird es sehr wahrscheinlich schon wieder sehr viel Geld gekostet haben, was nicht der Bezirk, nicht die Kreise und auch nicht die Gemeinden übrig haben. Wir dürfen natürlich auch genauer hinschauen, wer wo Geld für was bekommt.

An dieser Stelle unterbreche ich dieses Thema und möchte noch ein paar Anmerkungen zu den anderen Haushaltsstellen machen.

Selbstverständlich fordern wir auch dieses Jahr, das die Bezirksgüter mehr auf den ökologischen Landbau ausgerichtet werden und die Grundlage für eine nachhaltige Landwirtschaft nicht zerstört wird durch den Einsatz oder das Experimentieren mit gentechnisch veränderten Organismen. Diese biologische Vergewaltigung ist nach der geltenden Gesetzeslage in Bayern untersagt und hat in der Vergangenheit auch weltweit der Gesellschaft noch nie einen Vorteil gebracht welcher nicht auch mit herkömmlichen Mitteln zu erreichen gewesen wäre, dann aber ohne unwiederbringliche Nebenwirkungen. Nutznießer waren immer nur einige wenige Konzerne. Und das ist in keins-ter Weise mit technischen Entwicklungen zu vergleichen, welche oft wirklich eine Erleichterung für alle bedeuten.

Ein großer Brocken für 2025 ist natürlich die Verselbstständigung in Ingolstadt. Es bleibt zu hoffen, daß die Verhandlungen und Verträge zügig umgesetzt werden und nicht in einem Bürokratiemonster enden, welches über Jahre Ressourcen bindet. Die Idee ist ja soweit ganz gut.

Da wäre dann noch das Problemkind „Digitalisierung“. Landläufig wird es immer so dargestellt, als gäbe es hier einen Freifahrtschein für Verbesserung und eben nur lauter Vorteile. Die Verwaltung macht ja nun derzeit die Erfahrung, das es wohl irgendwie doch Grenzen gibt und ich meine, das Ziel ist nicht erreicht wenn dann 50 Stellen mehr benötigt werden um die gleichen Ergebnisse zu generieren. Bürokratieabbau gelingt nur, wenn an der Wurzel angesetzt wird. Weniger Verordnungen und kürzere Formulare sind hier unabdingbar. Erst dann kann eine Digitalisierung Fortschritte bringen, ansonsten fressen die Unterhaltskosten des Systems die Erleichterungen bei Weitem auf. Aber solange neue Minister nicht darauf verzichten das Rad neu zu Erfinden und sich mit größeren Verwaltungsapparaten ein Denkmal setzen wollen sehe ich da auch keinen Willen Bürokratieabbau wirklich ernst zu nehmen.

Dachauer Museumsforum: 600tsd für sehr magere Ergebnisse, ein Unding.
So darf es in keinen Fall weiter gehen, das ist Betrug am Steuerzahler.

Nun komme ich zum Ende und lassen den nachfolgenden Reden auch noch etwas Luft. Letzt endlich ist der Haushaltsansatz ja ein gangbarer Weg, aber... Und hier komme ich wieder zurück zu meinen vorherigen Ausführungen zu den pauschal finanzierten Leistungen. Da es offensichtlich nicht mehr Geld für Prävention gibt, werden wir diesen Haushaltsansatz für 2025 ablehnen. Wenn sie allerdings noch ein oder zwei Stimmen für den Haushalt benötigen, dann stimmen sie einfach unserem Antrag zu, dann stimmen wir dem Haushaltsentwurf zu. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit

Haushaltsrede von Bezirksrat Klaus Weber (LiVolParTi)

-Es gilt das gesprochene Wort-

Neuer Wein und alte Schläuche

Sehr geehrte Kolleg_innen, sehr geehrter Herr Schwarzenberger und alle anwesenden Präsident_innen und Verwaltungsmitarbeiter_innen, liebe Gäste:

Selbstverständlich ist eine Rede zum Haushalt immer eine politische Rede – und ich hoffe, dass es nicht so passiert wie in den letzten Jahren, dass mir das Mikrofon abgedreht wird oder ich unentwegt hören muss, ich solle zur Sache reden. Die Sache ist umstritten, weil ein Haushalt nichts anderes tut als die politischen Ziele im sozialen und kulturellen Bereich ins Finanzielle zu übersetzen. Deshalb ein paar Takte zum Politischen.

Wie alle hier bemerkt haben, hat der neue BTP erheblich dazu beigetragen, dass unsere Diskussionen ruhiger, sachlicher und entspannter stattfinden können. Dafür, sehr geehrter Herr Schwarzenberger, herzlichen Dank!

Vor sechs Jahren habe ich bei meiner Haushaltsrede betont, dass wir es bei den Vertreter_innen der AfD – auch hier im Bezirkstag – mit Menschen zu tun haben, die Nazis sind oder nichts dagegen haben, mit Nazis in einer Partei zu sein. Die Ereignisse in diesem Jahr geben mir Recht: Nicht nur, dass hier einer sitzt, der einer Holocaust-Leugnerin und seinem „Führer“ Adolf Hitler zum Geburtstag gratuliert; auch derjenige unter den neuen Nazis, der mich zum Geisteskranken stempelt, ist ein überzeugter Höcke-Anhänger und Faschist. Was zeichnet Christian Demmel aus? Vor fünf Jahren, als der CDU-Regierungspräsident Lübcke in Hessen von einem Neonazi ermordet wird, findet sich auf der Facebook-Seite von Demmel das Zitat: „Bei Lübcke hat es endlich mal einen der Verursacher getroffen. Von meiner Seite kein Mitleid!“ Demmel löscht den Eintrag nicht – erst nach einer Anzeige wird Facebook tätig und löscht ihn. Wir haben es also – und viele andere Zitate zeigen das – mit einem gewaltbereiten Menschen zu tun, der sich – eine alte Masche der Nazis – als Opfer gebärdet.

Es ist kein Skandal, dass sich Nazis wie Nazis verhalten. Skandalös finde ich vielmehr, dass wir im Kulturausschuss im Frühsommer in Bruckmühl von einem Kollegen hören mussten – nachdem die AfD-Vertreter die Position vertreten haben, dass auch weiterhin menschenverachtende und antisemitische Veranstaltungen durch den Bezirk gefördert werden können –, er werde nach wie vor mit den Kollegen von der AfD reden. Was, bitte, soll man denn mit den AfD-Leuten besprechen: Wie man Flüchtlinge anzündet? Wie man andere als Geisteskranke tituliert? Wie man emanzipierte Frauen, und wir haben hier im Gremium eine Menge davon, als anomal und familienzerstörend diskriminiert? Skandalös ist auch, dass ein Kollege hier im Plenum nach den Ausfällen Demmels und Wiesers dafür plädiert, ihnen noch eine Chance zu geben. Demmel und Wieser und ihre Kolleg_innen hatten mehrere Jahre Zeit, sich von der AfD und ihren faschistischen Inhalten abzuwenden – sie haben sich dafür entschieden, Nazis zu bleiben. Und Thomas Schwarzenberger hat in seiner beeindruckenden Rede Ende Oktober alles Nötige und Vernünftige dazu gesagt.

Meine Damen und Herren, nun zu den politischen Feldern, die für uns bedeutsam sind. Wie Sie wissen, sind wir gewählt, um die Bezirksverwaltung und ihr Tun (bzw. ihr Unterlassen) zu überprüfen und auf Mängel hinzuweisen – und wir geben manche politische Linie vor, auch wenn die Verwaltung nach wie vor der Meinung ist, sie bestimme, wo es langgeht.

Was ist seit der Neuwahl passiert? Die Sozialverwaltung, unter Josef Mederer ausgebaut zu einer juristischen Bastion zur Anspruchs-Verhinderung und in Einzelfällen auch zur Schikane von Menschen mit Behinderung hat sich mitnichten verändert. Ein paar Beispiele mögen das illustrieren: Menschen, die nachts einer Assistenzkraft bedürfen, werden vom Chef der Sozialverwaltung mit dem Hinweis traktiert, sie können ja bei Bedarf (d.h. wenn sie auf die Toilette müssen, die sie alleine nicht erreichen können) ihre Assistenzkräfte informieren – die dann flugs aus ihrem unbezahlten Bereitschaftsdienst kommen sollen; taubblinden Menschen, die sich mühsam ein bisschen Geld zusammen sparen, um einen Urlaub zu machen, wird mitgeteilt, dass mehr als 5 Tage Urlaub über das normale Maß hinausgehen würden, obwohl das „normale Maß“ – also der Durchschnitt der Bevölkerung – mehr als zwei Wochen Urlaub macht. Dann wird der Antrag über Monate nicht verbeschiedet, sodass der Antragsteller im Ungewissen bleiben muss – bis er schließlich auf eigenes Risiko fährt – und von einer schnippischen Sachbearbeiterin zu hören kriegt, dass er Schuld sei, wenn er seinen Urlaub nun aus eigener Tasche zu finanzieren hat.

Vor allem Aktivist_innen der Behindertenbewegung werden seit geraumer Zeit drangsaliert: Dem einen wird mit fadenscheinigen Argumenten die Grundsicherung für das ganze Jahr 2025 entzogen, obwohl er sich noch nicht einmal in einer gesetzlich vorgeschriebenen Anhörung dazu äußern konnte; dem anderen wird verweigert, eine Person seines Vertrauens zu einem Mediationsgespräch mitzunehmen, weil der Bezirk bestimmen will, wer dabei sitzen soll. Die dritte Betroffene lebt von einem Persönlichen Budget, das ihr von einem Tag auf den anderen entzogen wird – mit der unbewiesenen Behauptung, sie habe Mittel zweckentfremdet. Dutzende weiterer solcher Skandale finden sich in meinen Unterlagen – und es werden täglich mehr.

Seit ein paar Monaten darf ich als Unterstützer und Helfer von Menschen mit Behinderung für die Betroffenen, die z.T. nicht schreiben, nicht reden oder nicht sehen und hören können, nicht mehr aktiv werden, weil Dr. Bruckmann behauptet, ich würde als „Prozessbevollmächtigter“ auftreten (was nicht stimmt) und als Bezirksrat muss ich mich – hören Sie gut zu – „vorbehaltslos“ hinter den Bezirk stellen. Sehr geehrter Herr Dr. Bruckmann: Wenn wir uns alle vorbehaltslos hinter die Verwaltung stellen müssen, wieso sollte es dann überhaupt noch einen gewählten Bezirkstag geben? Wir sind nicht Ihre Erfüllungsgehilfen, die alles unbesehen abnicken, was Sie uns vorlegen; wir sind gewählt, um zu überprüfen, ob und wie Sie die Leistungen im Sinne der Betroffenen und der geltenden Gesetzeslage verwenden – oder eben nicht. Doch Gesetze und behindertenfreundliche Urteile scheinen die Sozialverwaltung nicht zu beeindrucken: Die UN-Behindertenrechtskonvention sieht vor, dass Menschen mit Behinderung in die Lage versetzt werden, auf dem ersten Arbeitsmarkt arbeiten zu können. Das Bundesteilhabegesetz schreibt dies noch einmal in §56 fest. Doch aus dem Bezirk Oberbayern tönt es: „Werkstätten sind weiterhin das Mittel, das wir (nämlich wir Verwaltungsbeamte im Bezirk) wollen“. Nicht einmal 1 Prozent aller Menschen mit Behinderung schaffen den Sprung in den ersten Arbeitsmarkt – aber nicht, weil sie das nicht könnten, sondern weil niemand die notwendige Förderung und Unterstützung vorantreibt, um dieses BRK-Ziel zu erreichen. Niemand fragt sich, warum es in Schweden und in anderen Ländern mehr als 20% behinderte Menschen sind, die im ersten Arbeitsmarkt arbeiten können. Hier wäre, liebe Kolleg_innen, auch vom Bezirk eine Menge zu tun – und langfristig würde er durch Einsparungen im Leistungsbereich auch noch einen Gewinn haben, wenn er die Menschen fördert und nicht die Werkstättenbetreiber.

Ich hoffe sehr, dass der Bezirkstagspräsident diesem behindertenfeindlichen Treiben der Sozialverwaltung ein Ende setzt und den anstehenden Verwaltungsgerichtsprozess, den ich wegen der Beschneidung meiner Rechte führe, überflüssig machen wird. Bisher, Herr Schwarzenberger, haben Sie noch nicht einmal auf ein Gesprächsangebot reagiert.

Die Ausschussgemeinschaft im Bezirkstag von Oberbayern wird dem Haushalt für das Jahr 2024 zustimmen; mit Ausnahme meiner Person. So steht es im Redemanuskript. Die Ausführungen und Argumente des Präsidenten und mancher Kolleg_innen haben mich aber jetzt überzeugt: Ich werde trotz aller Kritik an der Verwaltung für diesen Haushalt stimmen. Demokratie heißt für uns, dass wir nicht immer einer Meinung sein müssen – außer in einem Punkt: es darf und es muss immer gerungen werden um die politischen Fragen. Wie jedes Jahr waren wir beeindruckt von der Akribie und dem Geschick, das Herr Getzlaff mit Frau Hirschhuber an den Tag gelegt hat, um

diesen Haushalt zu erstellen – und ihn so zu erklären, dass wir ihn auch verstehen konnten. Vielen Dank Ihnen und allen Mitarbeiter_innen des Bezirks (auch den kritisierten), vielen Dank an die Kolleg_innen des Gremiums und vielen Dank an die wenigen Menschen mit Behinderung, die sich auf den Weg machen, uns immer wieder in den Sitzungen zu begleiten.

Haushaltsrede von Bezirksrätin Kaiser (dieBasis)

-Es gilt das gesprochene Wort-

Sehr geehrte Frau Regierungsvizepräsidentin, sehr geehrter Herr Bezirkstagspräsident, sehr geehrte Damen und Herren vom Präsidium und der Verwaltung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Anwesende und Gäste, im Raum und zugeschaltet, vorab mein Dank an Sie alle für die konstruktive Zusammenarbeit mit mir in meinem ersten Jahr als Bezirksrätin, für die erstmals im Bezirkstag vertretene Partei dieBasis. Vielen Dank an Herrn Getzlaff und Frau Hirschhuber, für die hervorragende Erläuterung des Haushaltes, wie auch im Vorjahr.

Dank insbesondere auch an meine Kollegen von unserer Ausschussgemeinschaft von der ÖDP und der Bayernpartei – wir sind nicht immer einer Meinung, aber wir ergänzen uns bestens. Es ist eine Freude, in dieser Konstellation zusammenzuarbeiten.

Die aktuelle Haushaltslage auf Bezirksebene ist keine Freude. Und sie reflektiert den traurigen Zustand von Wirtschaft und Gesellschaft auf allen Ebenen, von der untersten kommunalen Ebene bis zu Land und Bund.

Es war bereits letztes Jahr absehbar: Ich hatte in meiner letztjährigen Haushaltsrede darauf hingewiesen, dass wir -und hier zitiere ich mich selbst- „gegeben die aktuelle Haushaltslage und die erwartbare negative wirtschaftliche Entwicklung“ „an dieser Stelle im nächsten Jahr vermutlich über neue Schulden auf Bezirksebene“ würden reden müssen.

Damals konstatierte ich, dass man „in Deutschland vielleicht noch nicht im „freien Fall“ aber definitiv im beschleunigten Niedergang“ sei wozu „die Ampel- und GroKo-Politik der letzten Jahre und Jahrzehnte maßgeblich beigetragen“ habe. Dem ist wenig hinzuzufügen – außer, dass wir uns wirtschaftlich nunmehr im freien Fall nach unten befinden und dass ich in keiner Weise erkennen kann, wieso es nach Neuwahlen mit erwartbarem Schwarz-Grün irgendwie besser werden sollte.

Ich hatte letztes Jahr antizipiert, dass man in 2025 Schulden würde aufnehmen müssen. Das hatte außer mir damals niemand angesprochen – auch wenn der Elefant bereits deutlich im Raum stand. Die Schuldenaufnahme in der aktuellen Lage wie bereits per Nachtragshaushalt implementiert und jetzt weiter vorgeschlagen, ist aus meiner Sicht der Situation angemessen. Der Elefant steht aber weiterhin im Raum. Und er wird dicker!

Denn so wird es nicht weitergehen können! Eine Besserung ist weder auf der Kosten- noch der Einnahmenseite in Sicht. Statt von Umlagekraft wird man in den nächsten Jahren wohl von Umlageschwäche sprechen müssen.

Wir alle wissen, dass die Handlungsmöglichkeiten auf Bezirksebene sehr gering sind. Mit dem Haushaltsentwurf hat man sich bemüht, die Schmerzen durch Erhöhung der Bezirksumlage nicht zu groß werden zu lassen, das ist nachvollziehbar.

Wenn man schon Schulden aufnimmt, darf man damit aber nicht nur Löcher stopfen. Und schon gar nicht Fässer ohne Boden füllen.

Sparen ist sinnvoll und zwingend, wo irgend möglich und verantwortbar. Solange aber noch irgendwelche Handlungsspielräume bestehen, muss man Geld auch so ausgeben, dass zukünftige finanzielle Belastungen für das System wieder geringer werden. Das ist dann ein „Investieren in die Menschen und in die Zukunft“, und es ist alternativlos!

Von den innovativen Pilotvorhaben, für die ich letztes Jahr plädiert hatte, will ich hier gar nicht mehr reden. Wahrscheinlich kann man das auf Bezirksebene aktuell nicht erwarten.

Ich würde aber sehr wohl erwarten, dass man präventive Maßnahmen, die etabliert sind, und von denen belegt ist, dass sie Leid mildern und Gesamtkosten sparen, nicht per Rasenmähermethode kappt. Vor allem dann nicht, wenn es nicht nötig ist.

Der von uns gestellte Antrag auf „Förderung präventiver Maßnahmen zur psychischen Gesundheit in der freien Wohlfahrtspflege“ hätte für die €2,6 Mio., die aus den zusätzlichen Geldern des staatlichen Finanzausgleichs für die Bezirke nicht zur Stützung der Bezirksumlage verwendet werden, eine produktive Nutzung ermöglicht. Stattdessen werden sie „der allgemeinen Deckungsreserve zu geführt“.

Diese Erhöhung der Deckungsreserve kann aber so gar nicht benötigt werden! Denn würde sie es, dann hätte sie im ersten Haushaltsentwurf bereits entsprechend eingeplant werden müssen.

Und: als der Bezirksausschuss im Juli seinen „Eckdatenbeschluss“ fasste, standen diese Mittel noch nicht zur Verfügung.

Der Antrag wurde in den vorbereitenden Ausschüssen abgelehnt, nicht einstimmig, aber mit den Stimmen der Grünen. Deren Logik kann ich nicht nachvollziehen.

Ja – man hätte bei der Vergabe der €2,6 Mio. auswählen müssen. Nicht alles, was wünschenswert gewesen wäre, hätte bedacht werden können.

Ein pauschales Einfrieren der Gelder für die Unterstützung der niedrigschwelligen Angebote der freien Wohlfahrtspflege war da das einfachere. Gleicher Schmerz für alle! Keine lästigen Diskussionen. Wir vertagen uns auf den Januar, und dann werden wir gemeinsam aktiv-kreativ ...

Das finde ich nicht richtig! Ich verstehe auch nicht, warum man von Seiten der Wohlfahrtsverbände da nicht insistiert hat und sich stattdessen aufs neue Jahr hat vertrösten lassen. Mit €2,6 Mio. hätte man einiges an sinnvollen, bestehenden Maßnahmen absichern können.

Man hätte auch – zum Beispiel - die beantragte halbe Stelle zur Suizidprävention bei der Arche e.V., die in der letzten Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses per „Rasenmäherbegründung“ abgelehnt wurde, bewilligen können. Ja, man hätte Kriterien definieren und wählen müssen. Die Qual der Wahl.

Vielleicht ist es nächstes Jahr so schlimm, dass noch nicht einmal mehr ein klitzekleiner Spielraum für freiwillige Leistungen besteht. Dann ist der Zug vollends gegen die Wand gefahren. Wir hätten jetzt handeln sollen, als Handeln noch möglich war.

Das nicht zu tun finde ich falsch und aus diesem Grunde – nur aus diesem Grunde - werde ich für die Basis den Haushaltsentwurf in der vorgelegten Form ablehnen. Aus sachlichen Gründen.

Wie Andreas Huber schon sagte – sollte dieses Gremium unserem Antrag noch zustimmen (und die Möglichkeit dazu sollte gegeben sein), dann würde auch ich auch dem Haushalt zustimmen. Ich hoffe, dass wir im nächsten Jahr Mut zum differenzierten Vorgehen finden. Es nicht zu tun ist keine Option. Wir werden alle verfügbaren Hebel versuchen müssen zu betätigen. Vieles wird schmerzhaft sein. Ein gesellschaftlicher „Ruck“ wäre überfällig. Fangen wir damit an.

Ich wünsche uns allen erholsame Tage und ein Kraftschöpfen im familiären oder Freundeskreis. Wir werden sie im neuen Jahr benötigen.

Auf eine gute weitere Zusammenarbeit. Ich danke Ihnen.

Haushaltsrede von Bezirksrat Hubert Dorn (BP)

-Es gilt das gesprochene Wort-

Hohes Präsidium,
sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
schon im Nachtragshaushalt dieses Jahres hat sich die schwierige Finanzsituation für das kommende Haushaltsjahr deutlich abgezeichnet.

Verantwortlich hierfür sind die massiven Kostensteigerungen nahezu ausschließlich im Einzelplan vier, im Sozialbereich, die auf Bezirksebene nicht aufgefangen werden können und auch durch die Anhebung des FAG 15 nicht kompensiert werden. Dass hierbei durch die Bundesgesetzgebung wie durch den Freistaat, eigentlich sachfremde Leistungen wie etwa die Finanzierung der Umas mit circa 40 Millionen Euro allein in Oberbayern den Bezirken aufgebürdet werden, widerspricht in jeder Hinsicht dem dringend einzufordernden Konnexitätsprinzip.

Umso mehr ist der Kämmerei, Herrn Getzlaff, Frau Hirschhuber und ihren Mitarbeitern, zu danken, dass unter diesen Umständen in enger Zusammenarbeit mit den Bezirkseinrichtungen überhaupt ein einigermaßen tragfähiger Haushaltsentwurf erstellt werden konnte - im Grunde geht das freilich nach dem Prinzip "Du hast keine Chance, also nütze sie". Die Folge ist im vorliegenden Entwurf eine moderate Erhöhung der Bezirksumlage, ein massiver Eingriff in unsere Rücklage, verbunden mit einer spürbaren Neukreditaufnahme und im Personalbereich dem Verzicht auf jede Planstellenmehrung. Dennoch ist dieser Kurs in der konkreten Situation der einzig mögliche; hierbei ist aus unserer Sicht zu begrüßen, dass wenigstens im Bereich der freiwilligen Leistungen keine Kürzungen vorgenommen werden müssen und in Kultur, Umwelt- und Sportförderung der Bezirk zumindest in der bisherigen Form präsent bleibt. Gerade in diesen Sektoren ist der Bezirk ja nicht Ausführungsbehörde, sondern politischer Akteur und muß nach unserer Auffassung seine Spielräume möglichst weitgehend erhalten.

Wenn in einem Redebeitrag der grünen Fraktionsvorsitzenden da Selbstverständnis des Bezirks Oberbayern als bunt, sozial und ökologisch beschrieben wird, so möchte ich diesen drei Adjektiven ein wichtiges Nomen hinzufügen: Den Begriff Heimat. Gerade in einer Region mit kontinuierlich hohem zuzugsbedingtem Bevölkerungswachstum haben wir die Aufgabe, Identität zu vermitteln, das vielfältige und charakteristische oberbayerische Kulturleben zu pflegen und zu fördern und so Integration überhaupt erst zu ermöglichen - das geschieht durch unsere Einrichtungen wie die Vielzahl an Museen, durch Trachten- und Volksmusikpflege, durch den oberbayerischen Kulturpreis und geht hin bis zur Förderung der oberbayerischen Mundarten. Vor diesem Hintergrund etwa ist die Schaffung des neuen "Diaton"-Preises mit seiner dezidierten Dialektkomponente sehr zu begrüßen - der hier geäußerte Gedanke freilich, ohne nähere Definition alle, auch außerbayerische, Dialektformen mit einzubinden, entspringt nach unserer Meinung jedoch eher multikultureller Ideologie als praktischer Umsetzbarkeit. Der Bezirk muß sich hier schon auf seine Kernaufgaben beschränken!

Die Bayernpartei steht ganz entschieden zur Erhaltung und zur Zukunft der bayerischen Bezirke als Herzkammer des innerbayerischen Föderalismus. Um diese auch in den kommenden Jahren lebensfähig zu erhalten, ist es dringend nötig, mit Bund und Freistaat endlich eine solide und tragfähige Finanzierung auszuhandeln. Der bayerische Bezirkstag hat hier bereits erste Initiativen eingeleitet, die dringend einer konsequenten Weiterführung bedürfen. Die Bayernpartei wird diesem oberbayerischen Haushaltsentwurf zustimmen - er ist aber auch ein ernstes Warnzeichen, dass für die Bezirke neue Grundlagen geschaffen werden müssen, um auch in Zukunft die breitgestreuten Aufgaben erfüllen zu können.

Beschluss:	1. Für das Haushaltsjahr 2025 wird den Festsetzungen im Verwaltungshaushalt mit Einnahmen und Ausgaben von 2.802.270.000 € sowie im Vermögenshaushalt mit Einnahmen und Ausgaben von 78.450.000 € zugestimmt. 2. Dem Finanzplan 2024 bis 2028 mit dem zugrunde liegenden Investitionsprogramm wird zugestimmt. 3. Den Festsetzungen im Wirtschaftsplan 2025 des Kultur- und Bildungszentrums Kloster Seeon mit dem Finanzplan und Investitionsprogramm für die Jahre 2024 bis 2028 wird zugestimmt.
-------------------	--

	4. Den Festsetzungen im Wirtschaftsplan 2024/2025 der Bezirksgüter Haar, Gabersee und Taufkirchen (Vils) mit dem Finanzplan und Investitionsprogramm für die Jahre 2024 bis 2028 wird zugestimmt. 5. Dem Stellenplan des Bezirks Oberbayern für das Haushaltsjahr 2025 wird zugestimmt. 6. Der Hebesatz der Bezirksumlage wird für das Haushaltsjahr 2025 auf 23,55 v.H. festgesetzt. 7. Die Haushaltssatzung 2025 und der Haushaltsplan mit Anlagen werden beschlossen.
	angenommen Ja 57 Nein 20 Enthalten 0 Pers. Beteiligt 0

TOP 3 **Beschluss über den Verlust der Mitgliedschaft eines Mitglieds im Bezirkstag**

Beschluss:	abgesetzt
-------------------	------------------

TOP 4 **Neubesetzung von Gremien und Vertretungen des Bezirks Obb. aufgrund des Fraktionswechsels eines Bezirkstagsmitglieds**

Der Fraktionswechsel des Bezirksrats Delija Balidemaj hat eine Änderung der Stärkeverhältnisse im Bezirkstag zur Folge und macht eine Neubesetzung bezirklicher Gremien bzw. von Vertretungen des Bezirks Oberbayern erforderlich.

Beschluss:	Der Bezirkstag beschließt die Besetzung des Bezirksausschusses. Nach dem durchgeführten Losverfahren ergibt sich folgende neue Besetzung: CSU 5 Sitze 1 Sitz mehr als zuvor, diesen übernimmt Bezirksrat Max Gotz, 1. Stellvertretung: Bezirksrat Alexander Heimisch 2. Stellvertretung: Bezirksrätin Christina Hofmann GRÜNE 2 Sitze - unverändert Freie Wähler 2 Sitze - unverändert AfD 1 Sitz - unverändert SPD 1 Sitz - unverändert FDP 1 Sitz - unverändert Der Sitz der Arbeitsgemeinschaft ÖDP/BP/dieBasis entfällt. angenommen Ja 73 Nein 03 Der Bezirkstag beschließt die Vertretungen des Bezirks Oberbayern im Verwaltungsrat der „Kliniken des Bezirks Oberbayern – Kommunalunternehmen“. Nach dem durchgeführten Losverfahren ergibt sich folgende neue Besetzung:
-------------------	--

CSU	5 Sitze 1 Sitz mehr als zuvor, diesen übernimmt Bezirksrat Alexander Heimisch,				
	Stellvertretung: Bezirksrätin Christina Hofmann				
GRÜNE	2 Sitze - unverändert				
Freie Wähler	2 Sitze - unverändert				
AfD	1 Sitz - (zuvor 2 Sitze) der Sitz von Bezirksrat Martin Wieser entfällt, er übernimmt die Stellvertretung von Bezirksrat Christian Demmel				
SPD	1 Sitz - unverändert				
FDP	1 Sitz - unverändert				
Abstimmung Besetzung CSU:					
angenommen		Ja	75	Nein	01
Abstimmung Besetzung AfD:					
angenommen		Ja	76	Nein	0
Der Bezirkstag beschließt die Vertretungen des Bezirks Oberbayern in der Vollversammlung des Bayerischen Bezirkstags.					
Nach dem durchgeführten Losverfahren ergibt sich folgende neue Besetzung:					
CSU	8 Sitze (zuvor 7 Sitze) 1 Sitz mehr als zuvor, diesen übernimmt Bezirksrätin Gabriele Off-Nesselhauf, deren Stellvertretung übernimmt Martina Keßler				
GRÜNE	4 Sitze unverändert				
Freie Wähler	3 Sitze (zuvor 4 Sitze) der Sitz von Bezirksrätin Marianne Heigl entfällt, sie übernimmt die Stellvertretung von Bezirksrat Anton Speer				
AfD	2 Sitze - unverändert				
SPD	2 Sitze - unverändert				
FDP	1 Sitz - unverändert				
ÖDP	1 Sitz - unverändert				
AG1 LiVolParTie	1 Sitz - unverändert				
AG2 BP/Basis	1 Sitz - unverändert				
angenommen		Ja	53	Nein	22
Der Bezirkstag beschließt die Bestellung der Berichterstatterin bzw. des Berichterstatters für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für das Aufgaben- gebiet Sport.					
Bezirksrätin Kathrin Düdder übernimmt den Sitz der Sportberichterstatterin für die Fraktion GRÜNE.					
angenommen		Ja 72 Nein 3 Enthalten 0 Pers. Beteiligt 0			

TOP 5 Neufassung der Bezirksfischereiverordnung

Die Bezirksfischereiverordnung vom 12.12.2019 verliert ihre Gültigkeit zum 13.02.2025 und ist daher neu zu erlassen.

Beschluss:	Der Bezirkstag beschließt die Bezirksfischereiverordnung für den Bezirk Oberbayern vom 12. Dezember 2024.
	angenommen Ja 72 Nein 3 Enthalten 0 Pers. Beteiligt 0

TOP 6 Kultur- und Bildungszentrum Kloster Seeon: Überschreitung des geplanten Defizites 2024, Genehmigung von Mehrausgaben

Der Wirtschaftsplan 2024 des Klosters Seeon, Kultur- und Bildungszentrum des Bezirks Oberbayern sieht ein Gesamtdefizit inklusive Abschreibungen von 2.615.300 € und ein operatives Defizit in Höhe von 977.500 € vor. Der operative Verlust wird wie bislang über den Bezirkshaushalt ausgeglichen. Für das Jahr 2024 wird eine Überschreitung der genannten Plandefizite um bis zu 327.000 € erwartet.

Beschluss:	Der Bezirkstag stimmt einer Erhöhung des Gesamtdefizites 2024 und des operativen Defizites 2024 um einen Betrag von bis zu 327.000 € zu. Der operative Verlust erhöht sich von 977.500 € auf 1.304.500 €, das Gesamtdefizit erhöht sich von 2.615.300 € auf 2.942.300 €.
	Die auf der Haushaltsstelle 1.87100.71500.999 „Kloster Seeon – Zuschüsse für laufende Zwecke“ entstehenden Mehrausgaben in Höhe von 327.000 € werden genehmigt. Die Deckung erfolgt über Mittel der Allgemeinen Deckungsreserve.
	angenommen Ja 72 Nein 3

TOP 7 Oberbayerischer Förderpreis für Angewandte Kunst - Satzung und Richtlinie

Mit Beschluss vom 12.03.2009 hat der Ausschuss für Kultur, Schulen und Museen die Einführung eines Oberbayerischen Förderpreises für Angewandte Kunst beschlossen. Die dazu notwendige Satzung und entsprechende Richtlinie sollen erlassen werden.

Beschluss:	Der Bezirkstag erlässt die Satzung des Oberbayerischen Förderpreises für Angewandte Kunst mit der dazugehörigen Richtlinie.
	angenommen Ja 75 Nein 0 Enthalten 0 Pers. Beteiligt 0

TOP 8 Beteiligungsbericht Klinische Beteiligungen, Geschäftsjahr 2023

Die Bezirksverwaltung legt dem Bezirkstag von Oberbayern den Beteiligungsbericht für die Klinischen Beteiligungen, Geschäftsjahr 2023 vor.

Beschluss:	Der Bezirkstag nimmt den „Beteiligungsbericht Klinische Beteiligungen“ des Geschäftsjahres 2023 zur Kenntnis. zur Kenntnis genommen
-------------------	---

TOP 9 Das Monitoring des Aktionsplans des Bezirks Oberbayern

Das Monitoringverfahren des Aktionsplans des Bezirks Oberbayern wird vorgestellt.

Beschluss:	Das Monitoringverfahren des Bezirks Oberbayern wird zur Kenntnis genommen. zur Kenntnis genommen
-------------------	--

TOP 10 Bericht über den Inklusionsbeirat des Bezirks Oberbayern

Die Vorsitzenden des Inklusionsbeirats berichten über dessen Tätigkeiten.

Beschluss:	Der Bezirkstag von Oberbayern nimmt den Bericht über die Tätigkeiten des Inklusionsbeirats zur Kenntnis. zur Kenntnis genommen
-------------------	--

TOP 11 Krankenhauszweckverband Ingolstadt; Verselbständigung psychiatrisch-psychotherapeutische Versorgung in der Region 10

Die Verwaltung erläutert, wie sich der Prozess der Ausgliederung der psychiatrisch-psychotherapeutischen Versorgung aus dem Zweckverband zu kbo seit dem Beschluss des Plenums am 18.07.2025 weiterentwickelt hat.

BR Siebler spricht aus der Sicht eines Ingolstädters über die Verselbständigung der psychiatrisch-psychotherapeutische Versorgung in der Region 10

Beschluss:	Der Bezirkstag nimmt folgendes zur Kenntnis: a) Die Prüfung des Austritts aus dem Krankenhauszweckverband Ingolstadt ist abgeschlossen. Der Bezirk Oberbayern bleibt unverändert Mitglied im Krankenhauszweckverband. b) Der Bezirk Oberbayern verselbständigt und überträgt die psychiatrisch-psychosomatische Versorgung der Region 10 auf kbo. c) Der Bezirk Oberbayern schließt einen Grundlagenvertrag dazu ab. d) Die Satzung des Krankenhauszweckverbands Ingolstadt soll durch Beschluss angepasst werden. e) Der Bezirk Oberbayern unterstützt kbo durch Übernahme von Anlaufkosten, Betriebsdefiziten und Investitionskosten.
-------------------	---

	zur Kenntnis genommen
--	------------------------------

TOP 12 Bekanntgaben und Sonstiges

Bezirkstagspräsident Thomas Schwarzenberger spricht über das vergangene Jahr und bedankt sich für das konstruktive und freundschaftliche Miteinander.

Vizepräsident Schneider schließt sich den Worten des Vorredners an.

Beschluss:	zur Kenntnis genommen
-------------------	------------------------------

Um 13:10 Uhr schließt Bezirkstagspräsident Thomas Schwarzenberger die öffentliche Sitzung.

Thomas Schwarzenberger
Bezirkstagspräsident

Karin Heilbrunner
Protokollführung